Thorner Presse.

Bezugspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig, in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 50 Pf. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich; für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.
Ausgabe
täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Katharinenstraße 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Anzeigenpreis
für die Petitspaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Anzeigen werden angenommen in der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Anzeigenbeförderungsgeschäften „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Anzeigenbeförderungsgeschäften des In- und Auslandes.
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 1 Uhr nachmittags.

Nro. 47. Freitag den 24. Februar 1899. XVII. Jahrg.

Politische Tagesschau.

Die „Deutsche Tageszeitung" will erfahren haben, der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe sei entschlossen, bald nach seinem Geburtstage (31. März) seinen Abschied zu nehmen. Als Nachfolger sei der deutsche Botschafter Fürst v. Radolin in Petersburg bestimmt ausersehen.

Der Reichskanzler hat dem Entwurf eines Innungsverbandes, der das ganze Reich umfassen sollte, die erbetene Genehmigung nicht ertheilt. Die in dem Entwurf vorgesehene Bildung von Unterverbänden hält der Reichskanzler zwar für gesetzlich zulässig und zweckmäßig; aber es könne den Unterverbänden durch das Statut nicht die Befugniß zugestanden werden, für die Verbandsgenossen ihres Bezirks Spar-, Darlehns-, Sterbe-, Kranken- und Pensionskassen zu errichten. Die Befugniß stehe vielmehr nach § 104 der Gewerbeordnung ausschließlich dem Innungsverbande selbst zu, nicht aber den der vermögensrechtlichen Stellung und Selbstständigkeit entbehrenden Zweigverbänden. Ebenso bestehen Bedenken gegen die vom Innungsverbande zu errichtende Sterbekasse, weil der Entwurf auf dem Umlageverfahren beruhe und nicht auf der Erhebung versicherungstechnisch bemessener Beiträge. Bei dem Umlageverfahren würden zwar für die ersten Jahre des Bestehens der Kasse nur geringe Beiträge zu zahlen sein, dieselben würden indessen in späteren Jahren infolge der mit dem steigenden Alter der Mitglieder wachsenden Zahl der Sterbefälle erheblich zunehmen und allmählich so groß werden, daß sich die Mitglieder bei anderen, auf versicherungstechnischen Grundlagen beruhenden Kassen zu weit geringeren Sätzen würden versichern können.

Nach den „Berl. Pol. Nachr." ist der Entwurf eines neuen Kommunal-Wahlgesetzes vom Staatsministerium genehmigt worden und dürfte voraussichtlich in naher Zeit dem Abgeordnetenhause zugehen.

Vor einiger Zeit hatte die „Schlesische Schulzeitung", ein entschieden liberales Lehrer-Organ, sehr energisch die Einführung der Prügelstrafe bei Rohheitsverbrechen gefordert. Darauf hatte unlängst die „Kreuz-Zeitung" aufmerksam gemacht. Im Freisinn scheint man aber jetzt — wohlweislich nach den Wahlen — den Widerstand gegen die Prügelstrafe zur Parteiparole machen zu wollen und ahmt auch darin der Sozialdemokratie nach, daß man denjenigen, der sich nicht fügt, „fliegen" läßt. Die „Freisinnige Zeitung" veröffentlicht nämlich den folgenden Parteiukas: „Wenn wirklich die „Schles. Schulzeitung" die Prügelstrafe empfohlen hat, so kann sie als ein freisinniges Lehrerorgan nicht angesehen werden." Das mögen sich die Lehrer also merken; wer nicht genau so schreibt, wie es in Berlin approbirt ist, der kommt auf den Partei-Index. — Uebrigens wird es nach dem so sehr „lehrerfreundlichen" Verhalten des Freisinns wohl überhaupt bald keine freisinnigen Lehrer-Organe mehr geben.

Aus Rom wird gemeldet: Kardinal Rampolla sandte ein Rundtelegramm an die Nuntien, worin die feindselige Haltung der italienischen Regierung gegen die Theilnahme des Vatikans an der Abrüstungs-Konferenz gegeißelt wird.

Aus den soeben dem englischen Parlamente zugegangenen Voranschlägen des Heeresbudgets für 1899/1900 ergiebt sich eine sofortige Erhöhung der Ausgaben um 1091700 Pfund Sterling und eine Vermehrung der Mannschaften um 7493, Indien nicht eingerechnet. Die im letzten Jahre gemachten Erfahrungen, heißt es im Motivenbericht, lassen eine schnelle Verwirklichung der geplanten Verstärkung des Heeres angezeigt erscheinen. Alle Batterien der berittenen Feldartillerie sollen eiligst in schnellfeuernde Geschütze umgewandelt, fünf neue Batterien Feldartillerie noch in diesem Jahre, zehn andere bis zum Jahre 1901 fertiggestellt werden. Im großen Maßstabe soll auch die Neuarmirung der Vertheidigungswerke im Mutterlande und in den Kolonien im Einverständnisse mit den Marinebehörden in Angriff genommen werden.

Im spanischen Senat wiederholten sich am Dienstag die stürmischen Szenen vom Tage vorher. Graf Almenas klagte den General Linares, welcher die Unterzeichnung der Kapitulation von Santiago anbot, des Verraths an. Montarario erhebt dagegen Einspruch, Almenas fährt darauf in seinen Angriffen auf Cervera und Onou fort und wird von wiederholtem Lärm unterbrochen. Der Herzog von Tetuan erklärt, die Armee sei nicht überwunden, sondern dem Gegner ausgeliefert worden, man müsse die Schuldigen suchen. Almenas ruft, die Schuldigen sind die Führer. (Lärm.) Marschall Martinez Campos vertheidigt Linares und erklärt, er glaube nicht, daß Almenas es wagen würde, seine Anschuldigungen außerhalb des Senats zu wiederholen. (Neuer Lärm.) Almenas will sprechen, wird aber vom Präsidenten daran verhindert. (Unbeschreiblicher Lärm.) Sagasta bedauert die Haltung Almenas und vertheidigt die Regierung. (Widerspruch auf einigen Bänken.) Der Präsident erklärt die Debatte für geschlossen und die Sitzung für aufgehoben.

Wie sich die „Post" aus Petersburg berichten läßt, wird demnächst eine allgemeine Revision der russischen Eisenbahntarife erfolgen. Namentlich soll hierdurch die Ausfuhrmöglichkeit für Getreide erhöht werden.

Für die Stimmung Rußlands gegenüber Frankreich wird in einem Petersburger Telegramm des „Hamb. Korresp." als charakteristisch angesehen, daß der Zar nicht eigenhändig, sondern durch den Minister des Aeußern sein Beileid an den Botschafter Fürsten Urussow ausdrücken ließ. Ferner, daß bei dem Eintreffen der Nachricht aus Paris, der russische Botschafter habe im Auftrage des Zaren einen prächtigen Kranz mit dem kaiserlichen Namenszug N. II. und der Widmung „Unserem Freunde und Verbündeten" niedergelegt, das Ministerium den Zeitungen untersagen ließ, diesen Zusatz des Telegramms zu veröffentlichen, da der Botschafter letztere Widmung, ohne einen Auftrag dazu erhalten zu haben, selbstständig auf der Kranzschleife habe anbringen lassen.

Der Sultan empfing die deutschen Militärs, welche bestimmt sind, bei den in den Provinzen stehenden türkischen Truppen Reformen einzuführen. Der Sultan sagt, er hoffe, sie würden ihm treue Dienste leisten und zur Verbreitung des Geistes, der die deutsche Armee groß und siegreich gemacht habe, beitragen. Die Bande, welche die deutsche und türkische Armee verbinden, mögen zum Heile beider Völker immer fester geknüpft werden.

Den Japanern hat China einen großen Landstrich in Ying-Tschau abgetreten. Ying-Tschau aber ist nichts anderes, als der chinesische Name für Niutschwang. Die große Handelsstadt der Mandschurei liegt am oberen Theile der Mündung des hoch aus den Kinghan-Bergen herabströmenden Lia-Ho, aber etwa 40 Kilometer vom Meere. Ying-Tschau ist der Ort an der eigentlichen Mündung des Flusses in das Meer. Dort hat Japan einen Strich von etwa 10 Kilometern Länge erhalten, ein Zugeständniß, das namentlich den Russen noch unangenehm fühlbar werden dürfte. Früher besaß das Reich des Mikado nur etwa 1000 Meter am Ufer des Flusses. Es sind jetzt große Anlagen vorgesehen, die aus Ying-Tschau eine japanische Handelskolonie machen sollen.

Die Nationalversammlung in Kanea auf Kreta wählte bei 188 Anwesenden Sphakianakis mit 103 Stimmen zum Präsidenten. Der Gegenkandidat Michelidekis, Führer der liberalen Partei, erhielt 65 Stimmen.

General Otis telegraphirte aus Manila an die amerikanische Regierung, ein hoher Offizier der Insurgentenregierung in Malolos habe am 15. ds. eine Proklamation erlassen, welche die Erhebung gegen die Amerikaner in Manila und die Vernichtung der amerikanischen Okkupationsarmee für die Nacht des 15. Februar anordnete. Der amerikanische Wachtposten in Bildid sollte angegriffen, die Gefangenen und Sträflinge sollten befreit und bewaffnet werden. Die Proklamation forderte alsdann die Filipinos auf, sich an den Amerikanern für ihre Schändlichkeit und ihren Verrath zu rächen und schloß mit den Worten: „Tod den Tyrannen, Krieg ohne Gnade gegen die falschen Amerikaner, die uns betrügen."

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Februar 1899.

— Der Kaiser wird am 1. März zum Besuch des Hofes in Oldenburg eintreffen.

— Se. Majestät der Kaiser empfing heute den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zu einem längeren Vortrage.

— Die Gesammtstrecke Sr. Majestät des Kaisers in Hubertusstock besteht aus 2 Zehnendern, 6 Zwölfendern, 6 Vierzehnendern, 3 Sechszehnendern, 1 Zwanzigender und 2 Schauflern.

— Zu Ehren des Grafen Caprivi beabsichtigt der Magistrat von Charlottenburg für eine der vier neuen Spreebrücken, welche die Stadtgemeinde baut, den Namen Caprivi-Brücke dem Kaiser vorzuschlagen.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses genehmigte das Extraordinarium des Eisenbahnetats. Der Antrag auf Erhöhung des Dispositionsfonds von 30 auf 50 Mill. wurde zurückgezogen, nachdem sich der Vertreter des Finanzministeriums entschieden gegen die Erhöhung ausgesprochen hatte. Heute Abend beginnt die Kommission die Berathung des Kultusetats.

— In der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses wurde regierungsseitig erklärt, daß Verhandlungen über die Zulassung der Frauen zum Studium und zur ärztlichen und Apothekerprüfung mit den deutschen Bundesstaaten stattgefunden hätten und daß die Zulassung demnächst gestattet werden würde. Auf preußischen Universitäten hören gegenwärtig 44 Damen Kollegien. Petitionen um Regelung der Schulunterhaltungspflicht wurden der Regierung als Material überwiesen.

— Die Budgetkommission des Reichstages beendete heute die 1. Lesung der Militärvorlage. §2 der Regierungsvorlage, in dem die Friedenspräsenzstärke bis 1904 auf 502506 Mann festgesetzt wird, wurde gegen die Stimmen der Konservativen, der Antrag Bassermann auf Erhöhung der Durchschnittsstärke pro Bataillon auf 590 Mann gegen Konservative, Nationalliberale freisinnige Vereinigung abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Gräber, die Durchschnittsstärke der Bataillone auf 584 Mann zu erhöhen, gegen die Stimmen der Linken angenommen. Sodann wurde die Vermehrung der Etatsstärken bei der Artillerie bewilligt, nämlich für 2 reitende Batterien, 30 Fußartillerie-Bataillone, die Versuchskompagnieen der Artillerie 2c. und für die Eisenbahnkompagnieen, der Telegraphentruppe, Luftschiffer-Bataillon 2c. Endlich wurde auch die Resolution Gröber betr. die Kosten für den Ersatz der Abkommandirungen bezw. den Nachweis der von der Zivilverwaltung beanspruchten militärischen Posten angenommen. Der Rest des Gesetzes wurde ohne wesentliche Erörterung erledigt. — Dann setzte die Kommission die Etatsberathung fort. Zum Etat des Innern wurde eine Resolution angenommen, wonach in den nächsten Etat für einen nach dem Projekt von Wallot auszuführenden Anbau an das Präsidialgebäude des Reichstages zur Deckung der Giebel der Nachbargrundstücke die erforderlichen Mittel eingestellt werden sollen. Abg. Prinz Arenberg kündigte einen Antrag auf Unterstützung der deutschen Südpolarexpedition an, wozu sich Staatssekretär Graf Posadowsky sehr sympathisch äußerte.

— Die Reichstagskommission für die Novelle zum Invaliditäts-Versicherungsgesetz begann heute ihre Berathungen. Anträge auf Ausschließung des Handwerkes und Kleingewerbes, sowie der Landarbeiter von der Versicherung wurden abgelehnt. Ebenso wurde die Versicherungspflicht der nicht beamteten Lehrerinnen und Erzieherinnen gut geheißen.

— Die Reichstagskommission für das Bankgesetz beschloß auf Antrag des Abg. Müller-Fulda, das Grundkapital der Reichsbank in 40000 Antheile zu je 3000 Mk. und 30000 Antheile zu je 1000 Mk. zu theilen und den bisherigen Antheilseignern ein Vorzugsrecht zum Bezug der neuen Antheilscheine nicht einzuräumen. Vorher war ein Antrag Arendt auf Uebernahme der neuen Antheilscheine auf das Reich abgelehnt worden.

— In der „Nationalztg." wird in einer Zuschrift die Errichtung eines Bismarckhauses in Berlin angeregt, eines monumentalen Baues, der alle Erinnerungszeichen an Bismarck, den Baumeister des deutschen Reiches, in sich vereinige.

— Wie eine offiziöse Meldung bestätigt, beträgt der Mehrüberschuß der preußischen Staats-Eisenbahnen gegen den Etat im laufenden Rechnungsjahre 10 Millionen.

Ausland.

Petersburg, 22. Februar. Gestern hat auf der Baltischen Werft die Kiellegung des Geschwader-Panzerschiffes „Pobeda" und des Transportschiffes „Jenissei" stattgefunden.

Zum Präsidentenwechsel in Frankreich.

Präsident Loubet hat sich entschlossen, trotz der vielen, gegen seine Person gerichteten Angriffe an dem Begräbniß Faure's theilzunehmen. Auch im übrigen will der neue Präsident unbekümmert um alle gegen ihn gerichteten Feindseligkeiten den Weg verfolgen, welchen er für den richtigen hält.

In Paris scheint die Ruhe jetzt dauernd wiederhergestellt zu sein, jedoch befürchtet man für Donnerstag aus Anlaß der Leichenfeier Faure's den Wiederausbruch der Straßenkundgebungen. Der Pariser Gemeinderath hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in welchem er dazu auffordert, die Bemühungen der Unruhestifter, welche die augenblicklichen Schwierigkeiten zu Treibereien gegen die Republik benützen und während der Leichenfeier demonstriren wollen, durch würdige Haltung zu nichte zu machen. — „Siècle" protestiert dagegen, daß eine Abordnung der Patriotenliga offiziell dem Leichenzuge Faure's folge. Ueberhaupt richtet sich wegen der Betheiligung an den Straßenunruhen eine namentlich von Akademikern ausgehende Strömung gegen die Liga.

Es wird jetzt offiziell bestätigt, daß Loubet die Leiche Faure's vom Elysée bis zum Kirchhof begleiten wird. Der Leichenzug wird seinen Weg nicht durch die Rue Rivoli nehmen, wie dies bei derartigen Anlässen sonst der Fall war, sondern sich das rechte Seine-Ufer entlang nach der Notre Dame-Kirche bewegen. Diese Aenderung erfolgt deshalb, weil zahlreiche Straßen der Stadt wegen der Arbeiten für die unterirdische Bahn nicht passirbar sind. Die gesammte Garnison von Paris wird aufgeboten, um auf beiden Seiten der Straßen eine doppelte Reihe Spalier zu bilden. Außer den Mitgliedern der Familie Faure werden nur die höchsten Beamten und Parlamentarier Zutritt zur Notre Dame-Kirche erhalten. Der Leichenzug wird sich Donnerstag um 10 Uhr vormittags vom Elysée aus in Bewegung setzen. Im selben Augenblick werden 101 Kanonenschüsse abgefeuert, ein gleiches geschieht, sobald der Trauerzug auf dem Kirchhofe anlangt. Die Truppen werden alsdann vor dem Katafalk defiliren.

Die zur Leichenfeier für Faure nach Paris gekommenen fremden Missionen begeben sich Mittwoch Nachmittag ins Ministerium des Auswärtigen, wo sie dem Minister des Aeußern Delcassé durch die Botschafter bezw. Gesandten der betreffenden Länder vorgestellt wurden. Unmittelbar darauf wurden die Botschafter sowie die Missionen einzeln in den Saal geführt, wo sich der Präsident der Republik, Loubet befand. Delcassé stellte die Herren dem Präsidenten vor. Die Unterhaltung Loubets mit jeder Mission dauerte kaum einige Minuten und war besonders herzlich mit den Botschaftern und Missionen Deutschlands, Rußlands und Italiens.

Provinzialnachrichten.

§ Culmsee, 22. Februar. (Hundesperre. Bäcker-Innung.) Am 13. Februar ist hierselbst, wie nachträglich festgestellt, ein tollwuthkranker Hund getödtet worden. Demzufolge ist die Festlegung bezw. Ankettung aller im Polizeibezirk Culmsee vorhandenen Hunde auf die Dauer von 3 Monaten angeordnet worden. — In der heute abgehaltenen Vorstandssitzung der hiesigen Bäcker-Innung wurde ein Meister in dieselbe aufgenommen. Infolge Verzuges legte der Prüfungsmeister und Kassenführer Herr Schulz sein Amt nieder. Eine Neuwahl wird in Kürze stattfinden.

Gollub, 20. Februar. (In der letzten Stadtverordnetensitzung) wurden als Vorsteher bezw. Stellvertreter die Herren L. Feibusch und Dobrachowski, als Schriftführer Herr J. Lewin und als Stellvertreter Herr W. Mazurkiewicz gewählt.

Schneidemühl, 21. Februar. (Zur Gründung einer Stärkefabrik) fand heute im Zentral-Hotel eine Versammlung statt, welche von etwa 50 Besitzern aus den benachbarten Kreisen besucht war. Es wurden etwa 100 000 Wispel Kartoffeln zur Lieferung an die Fabrik gezeichnet. Ein Endtermin wurde auf den 17. März festgesetzt, bis zu welchem noch Genossenschafter erklären können.

i Posen, 22. Februar. (Wegen Beleidigung) des prakt. Arztes und Stadtverordnetenvorstehers Dr. Wendland in Schwersenz wird morgen vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den früheren Chefredakteur der „Post", C. Groddeck, verhandelt. In der Nr. 213 vom 6. August 1897 hatte das Blatt dem Dr. Wendland vorgeworfen, daß er sich seine Eigenschaft als Stadtverordneten-Vorsteher zu Nutze mache, um sich als Beschützer des polnischen Industrie-Vereins in Schwersenz aufzuwerfen. Dr. W. sei in Schwersenz als thätigster national-polnischer Agitator genügsam bekannt. Ueber die maßlose Agitation, die in Schwersenz seit Jahren betrieben werde und an deren Spitze Dr. W. stehe, seien ihr — der „Post" — unzählige Fälle der dreistesten Ausschreitungen berichtet worden, die durch die polnischen Führer und ihre Gesellschaft verübt wurden und die unglaublichsten Zustände auf den verschiedensten wirthschaftlichen und nationalen Gebieten in Schwersenz zur Folge gehabt hätten. Bei dem Besuch des Erzbischofs Dr. von Stablewski anläßlich der Einweihung der umgebauten Kirche in Schwersenz habe Dr. W. die Schulen zur Betheiligung an den Veranstaltungen, die die Gemeinde ihrem kirchlichen Oberhirten bereitete, verspätet eingeladen, um das Aufsagen der deutschen Gedichte zu verhindern. Die Kinder seien infolge der verspäteten Einladung am Festtage von einem Geistlichen geführt worden und hätten nur die ihnen bekannten polnischen Gedichte unter Ueberreichung von Bouquetts in roth-weißen Farben, die zu diesem Zweck von dem Spender in Person bestellt waren, aufgesagt. Wegen dieses Artikels strengte Dr. Wendland die Privatbeleidigungsklage an. Der Beklagte will den Beweis der führen. — Ueber den Ausgang des Prozesses wird uns telegraphisch gemeldet: Das Schöffengericht erklärte sich für unzuständig und stellte das Verfahren ein, weil die „Post" in Berlin erscheint.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. Am 24. Februar 1799, vor 100 Jahren, starb zu Göttingen der Professor der Physik und Mathematik Georg Christian Lichtenberg, der zu den ersten Größen deutscher Litteratur zählte. Durch seine geistreichen Erklärungen der Horgarth'schen Kupferstiche beurkundet er einen tiefen Blick in das Seelenleben der Menschen; allein seine sonderbare Natur ließ ihn bei keiner größeren Arbeit ausdauern; humoristische und sathrische Abhandlungen, in denen besonders sein Gegensatz zu Lavater hervortrat, waren neben einigen wissenschaftlichen Schriften die einzige Frucht seines hohen Talents und seines klaren, selbstbewußten Geistes. Er wurde am 1. Juli 1742 in Oberamstädt geboren.

Thorn, 23. Februar 1899.

— (Stadtverordnetensitzung.) Gestern Nachmittag 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Anwesend waren 28 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordnetenvorsteher Professor Boethke. Am Tische des Magistrats die Herren Bürgermeister Stachowitz, Stadtbaurath Schultze, Syndikus Kelch, Oberförster Bähr und Stadträthe Fehlauer und Borkowski. Nach Eröffnung der Sitzung wird der wiedergewählte Stadtverordnete Herr W. Lambeck durch Herrn Bürgermeister Stachowitz eingeführt und verpflichtet, worauf ihn Herr Stadtverordnetenvorsteher Prof. Boethke namens der Versammlung begrüßt. Es kommen zunächst die Vorlagen des Verwaltungs-Ausschusses zur Berathung, für welche Stv. Uebrick referirt. 1. Die Regelung der Straßen beim neuen Amtsgerichtsgebäude. Die Vorlage wurde in voriger Sitzung nochmals zur Vorberathung zurückgewiesen, und zwar an die vereinigten Ausschüsse, nachdem sich aus der Versammlung Widerspruch gegen den Magistratsantrag ergeben, dem der Ausschuß zuzustimmen vorgeschlagen hatte. Die Gesammtkosten für die Regulirung der Straßen stellen sich auf 21 300 Mk. Nach der zwischen dem Magistrat und der Justizverwaltung geschlossenen Vereinbarung sollen davon 15 100 Mark auf die Stadt und 6200 Mark auf den Justizfiskus entfallen. Die Ausschüsse können nicht einsehen, daß die Stadt mit einer so hohen Snmme zu den Kosten herangezogen werden muß; allerdings sei zu berücksichtigen, daß sich bei der Kanallegung die Baukosten dadurch erhöhten, daß der Kanal im Interesse der Stadt in größeren Dimensionen angelegt wurde, er ist so groß gebaut, daß er später für die Abführung der Abwässer von der ganzen Culmer Vorstadt dienen kann. Die Ausschüsse schlagen vor, den Vertrag nicht nach der Magistratsvorlage zu genehmigen, sondern zu beschließen, daß die Kosten für die Regulirung der neuen Straßen auf die Stadt und den Justizfiskus je zur Hälfte zu vertheilen sind. Eine Betheiligung an den Kosten seitens der Stadt wurde für angemessen erachtet, nachdem die Stadt den Bauplatz zum Amtsgerichtsbau dem Fiskus geschenkt. Stadtrath Syndikus Kelch vertritt denselben Standpunkt wie in voriger Sitzung und bittet, auf den vom Magistrat mit der Justizverwaltung geschlossenen Vergleich einzugehen. Der Baukonsens sei s. Z. an den Justizfiskus allerdings unter dem Vorbehalt ertheilt, daß die Kostenlast für die Regelung der Straßen nach den Bestimmungen des Ortsstatuts zu übernehmen ist. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß es sich um Anlage neuer Straßen handelt, sodaß der Justizfiskus nach dem Ortsstatut rechtlich verpflichtet sei, die Kosten zu tragen. Der Justizfiskus behauptet aber, daß es sich nicht um eine neue, sondern um eine bereits bestehende Straße handelt und begründet das damit, daß bereits heute jedermann über das Grabenterrain gehe. Dies macht aber den Weg noch nicht zu einer öffentlichen Straße. Im Prinzip habe der Magistrat den Standpunkt des Justizfiskus nicht theilen können, aber aus Billigkeit habe er den Wünschen desselben entsprochen. Das Ortsstatut sehe vor, daß bei Anlage neuer Straßen für die Tragung der Baulast unter besonderen Umständen günstigere Bedingungen für die Anlieger eingeräumt werden können, und der Magistrat ist der Meinung, daß diese vorliegen, weil der Justizfiskus nicht in der Lage ist, sich einen Theil der Kosten später von anderen Anliegern erstatten lassen zu können, da die Straße im übrigen mit Gartenanlagen versehen wird und der Fiskus also alleiniger Anlieger bleibt. Dann sei vom Magistrat erwogen, daß es sich bei dem Amtsgerichtsbau um ein öffentliches Gebäude handelt und daß die Hinauslegung des Amtsgerichtes aus dem Rathhause für die Stadt doch von großem Werth ist. Stv. Rechtsanwalt Schlee: Der rechtliche Standpunkt der Justizverwaltung habe viel für sich, aber auf die rechtliche Seite der Frage wolle er nicht näher eingehen. Für ihn sei ausschlaggebend das zuletzt vom Herrn Syndikus angeführte Moment. Der Stadt habe doch daran gelegen, daß sie das Amtsgericht aus dem Rathhause hinausbekam. Zu dem Zwecke schenkte die Stadt dem Fiskus den Platz auf dem Grabenterrain. Er, Redner, glaube nicht, daß die Justizverwaltung, als sie das Geschenk bekam, gewußt habe, daß an diesem Geschenk eine solche Baukostenlast hing, sonst hätte sie vielleicht gedankt. Wir aber würden im Falle einer solchen Eventualität zu dem Platz auch sicher noch die Straßenbaukosten daran gewendet haben. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sage er, Redner, sich, daß man dem Magistratsantrage zustimmen könne. Stv. Preuß: Der Fiskus, welcher es nun auch immer sei, brauche stets seinen Vortheil, und die Kommune ziehe in der Regel immer den kürzeren dabei. Er habe darüber die Erfahrungen, denn unter fünf Oberbürgermeistern sitze er nun schon in der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadt habe im Laufe der Jahre schon große Opfer für den Fiskus gebracht und ganze Plätze umsonst gegeben, es sei bald nichts mehr übrig. Da müsse man doch auch den Vortheil der Stadt zu wahren suchen. Er empfehle den Ausschußantrag. Stv. Rechtsanwalt Aronsohn: Der rechtliche Standpunkt des Magistrats über das Grabenterrain, wie ihn der Herr Syndikus darlegt, scheine ihm zuzutreffen; es käme sonach darauf an, ob besondere Umstände für Gewährung günstigerer Bedingungen an den Justizfiskus vorlägen. Wenn man geltend mache, daß das Amtsgericht jahrelang umsonst im Rathhause untergebracht gewesen und jetzt noch weiter darin hätte bleiben können, so sei ihm dieser Umstand noch nicht genügend. Die Straßenbaulast hänge auch nicht von dem Bauplatz, sondern von der Bebauung ab. Der Fiskus habe beim Bau dieselbe Vorsicht zu beobachten wie der Privatmann, deshalb hätte er auch die Kostenlast für die Straßenregulirung vorauswissen müssen. Es könnten ja aber sonst noch Gründe geben, die ein besonderes Entgegenkommen gegenüber dem Fiskus rechtfertigten. Er möchte da fragen, ob es analoge Fälle gebe. Bei der Bebauung der Wilhelmsstadt seien ebenfalls Anträge an den Magistrat herangetreten, günstigere Bedingungen für die Tragung der Straßenbaulast zu gewähren, als sie das Ortsstatut allgemein vorschreibt; diese Anträge seien aber abgelehnt worden. Wenn man Mitbürgern kein Entgegenkommen gezeigt, so würde es nicht billig sein, dies dem Fiskus gegenüber zu thun. Nach seiner Auffassung habe der Justizfiskus für die Grabenstraße die Straßenbaukosten gemäß dem Ortsstatut zu tragen, mit der Modifikation, wie sie sich aus der größeren Kanalanlage ergiebt; bezüglich des Verbindungsstraßenstückes glaube er, daß die Justizverwaltung für dieses die Kosten nicht zu tragen habe, da das Amtsgerichtsgebäude dahin keinen Ausgang habe. Stadtrath Syndikus Kelch: Auch für das Verbindungsstraßenstück sei die rechtliche Verpflichtung des Justizfiskus zweifellos, da das Fehlen des Ausganges daran nichts ändere. Die Vertheilung der Straßenbaukosten zur Hälfte könnte man schon allein wegen der größeren Kanalanlage für gerechtfertigt ansehen. Bei der Bebauung der Wilhelmsstadt habe der Magistrat doch den Anträgen auf Gewährung günstigere Bedingungen entsprochen, und zwar zu Gunsten der Firma Ulmer und Kaun. Die eine Hälfte der Straßenbaukosten, welche auf diese entfallen sollte, wurde von dem Militärfiskus übernommen. Bürgermeister Stachowitz meint, daß man dem Justizfiskus wohl ein besonderes Entgegenkommen zeigen müsse, wenn man dies auch nicht bei einem Privatmann könne. Wir sind ja auch bereits mit dem Geschenk des Bauplatzes entgegengekommen. Daß der Justizfiskus eine solche Straßenbaulast bei diesem Platze nicht vorausgesetzt, glaube er bei den besonderen Verhältnissen dieser Stadtgegend wohl annehmen zu sollen. Nehme man, was man dem Fiskus auf den Kanal anrechnen müsse, so sei die Differenz zwischen Magistrats- und Ausschußantrag nicht groß, und er bitte, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Referent Stv. Uebrick: Der Justizfiskus habe von der Stadt zu dem Amtsgerichtsgrundstück noch ein Stück für 20 000 Mark zugekauft. Gehe man nun nach dem Magistratsantrage, so büße man das Kaufgeld ja wieder ein. Hätte man seitens der Stadt voraussehen können, daß die Straßenbaulast eine so hohe sein würde, so hätte man sich städtischerseits mehr als 20 000 Mark geben lassen, um von der Summe doch etwas zu behalten. Ein Privatmann würde die ganzen Straßenbaukosten von 21 000 Mark abzüglich 3000 Mark, die auf die Kanalanlage gutzurechnen seien, zu zahlen haben; wenn die Stadt die Hälfte der Kosten übernehme, wie der Ausschußantrag wolle, so sei das schon Entgegenkommen genug. Stadtbaurath Schultze: Die Kanalanlage habe einen so erheblichen Kostenbetrag erfordert, daß man schon deshalb zu einem geringeren Kostenantheil als ihn der Magistrat beantrage für die Stadt nicht kommen könne. Stv. Glückmann hält ebenfalls dafür, daß die Theilung der Kosten auf die Hälfte Entgegenkommen genug sei. Der Moment betreffs des Verbleibens des Amtsgerichtes im Rathhause wiege nicht so schwer. Der Justizfiskus verlangte von der Stadt für den Amtsgerichtsbau einen Zuschuß von 10 000 Mark. Die Stadt lehnte den Zuschuß ab, aber das Verbleiben im Rathhause war nicht die Folge davon. Stv. Uebrick: Die Kanalbaukosten stellen sich auf 8300 Mark, 2000 Mark würden nur nöthig gewesen sein für den bloßen Anschlußkanal zum Amtsgerichtsgebäude, macht eine Differenz von 6000 Mark. Werden die Kosten getheilt, so zahlt die Stadt immer noch 4000 Mark dazu. Stadtbaurath Schultze bemerkt, es seien doch auch die großen Fundamentkosten bei dem Bau zu berücksichtigen; der Bauplatz sei der ungünstigste gewesen, den die Justizverwaltung hätte finden können. (Widerspruch.) Es folgte noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag gegen zwei Stimmen abgelehnt und danach der Ausschußantrag, daß mit der Justizverwaltung auf der Grundlage der Theilung der Straßenbaukosten zur Hälfte von neuem verhandelt werden soll, angenommen. Hierzu lagen noch zwei Unteranträge Glückmann und Uebrick vor, dahinlautend, daß 1. bei der künftigen Regelung der weiteren Straßenverhältnisse für die Kostenvertheilung der gleiche Maßstab zu Grunde gelegt werden soll, bezw. 2. daß der Beschluß hierüber vorbehalten bleiben soll. Ersterer Antrag wurde abgelehnt und letzterer angenommen. — 2. Wahl des unbesoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeisters). Die Wahlperiode des Herrn Bürgermeister Stachowitz als unbesoldeter Beigeordneter läuft mit dem 31. Mai 1899 ab. Der Ausschuß schlägt vor, Herrn Stachowitz auf weitere sechs Jahre wiederzuwählen. Bei der Abstimmung mittels Stimmzettel erhält Herr Bürgermeister Stachowitz von 28 Stimmen 27, er ist somit wiedergewählt; 1 Stimme fiel auf Herrn Oberbürgermeister Dr. Kohli. — 3. Zuschlagsertheilung zur Lieferung von Feldsteinen zur Unterhaltung der städtischen Chausseen. Mindestfordernder ist im Termin Herr Grosser-Thorn geblieben für alle Chausseestrecken mit alleiniger Ausnahme der Graudenzer Chaussee, für welche die Differenz aber auch nur 10 Pf. pro Kubikmeter beträgt. Die Zuschlagsertheilung an denselben wird genehmigt. — 4. Bewilligung von 4000 Mark für die Einrichtung eines massiven Treppenhauses im nördlichen Flügel der Mädchen-Elementarschule in der Bäckerstraße. Nach dem Kostenanschlage des Herrn Stadtbauraths wird die Summe bewilligt. — 5. Zum Spritzenmeister der Ziegeleispritze ist an Stelle des verzogenen bisherigen Spritzenmeisters Klimmatsch der Hausvater des Kinderheims Logan gewählt, wovon die Versammlung Kenntniß nimmt. — 6. Bewilligung von 500 Mark zur Regulirung und theilweisen Bepflanzung der Lehmgrube im Ziegeleiwäldchen. Die Umwandlung der großen Lehmgrube in Forstanlagen wird durch die Forstverwaltung, an welche sie wieder zurückgegeben wird, ausgeführt. Die Versammlung genehmigt die beantragte Summe. — 7. Bewilligung von 600 Mark zum Anschluß der Wasserleitung des Schlachthauses an die neuverlegte Druckrohrleitung zur Viehhofstraße und von 57,50 Mark zur Ausführung einer Zuflußleitung für das Verwaltungsgebäude des Schlachthauses. Der Schlachthausdirektor beantragt, wegen der Reparaturbedürftigkeit der zweiten Pumpe auf dem Schlachthause und bei der Kürze der jetzt nur nöthigen Strecke, einen Anschluß der Wasserleitung des Schlachthauses an die Druckrohrleitung zur Viehhofstraße herzustellen, damit im Nothfalle Wasser aus der Wasserleitung genommen werden kann. Da das Verwaltungsgebäude noch einer Zuflußleitung entbehrt, soll auch diese gelegt werden. Die beantragten beiden Summen werden genehmigt. — 8. Von der endgiltigen Anstellung des Polizeisergeanten Zittlau nimmt die Versammlung Kenntniß. — 9. Bewilligung eines Beitrages von 3000 Mark an die hiesige Schützenbrüderschaft zu den Veranstaltungen zum Provinzial-Bundesschießen. Die hiesige Schützengilde ist beim Magistrat eingekommen, ihr 5000 Mark für das Provinzial-Bundesschießen zu bewilligen, da ihr für die Herstellung der Schießstände, von überdeckten Räumen auf dem Festplatze und für die Veranstaltung eines historischen Festzuges große Kosten erwachsen. Der Magistrat beantragt, 3000 Mark zu bewilligen, da die Summe als eine Repräsentationsausgabe der Stadt anzusehen sei, und zu dem Feste 6—700 auswärtige Gäste zu erwarten sind. Der Ausschuß schlägt Zustimmung zum Magistratsantrage vor, da der zahlreiche Zustrom von Fremden der Stadt Thorn auch Vortheile bringen werde. Bürgermeister Stachowitz: Thorn sei keine bevorzugte Feststadt wie manche andere Städte; trete nun einmal der seltene Fall ein, daß Thorn als Feststadt gewählt sei, so dürfe man sich auch nicht kleinlich zeigen. Man dürfe die Summe nicht als eine Beihilfe für die Schützengilde, sondern müsse sie als eine Repräsentationsausgabe der Stadt ansehen. Nur als nebensächlich führe er an, daß die Summe hier ausgegeben werde, und daß bei einem solchen Feste in der Feststadt viel Geld gelassen werde. Die Stadt Marienburg habe bei dem letzten Provinzial-Schützenfest 4000 Mark bewilligt, da bitte er ohne weiteres die 3000 Mark zu bewilligen. Stv. Kordes fragt, ob die Gilde schon einen Kostenanschlag aufgestellt habe. Bürgermeister Stachowitz: Der lasse sich vorher nicht machen. Aber man brauche weit mehr als die 3000 Mark; allein die Herstellung der Schützenstände würden 15 000 Mark kosten. Der Gesammtausgabe gegenüber seien die 3000 Mark kein nennenswerther Betrag. Stv. Leutke: Ob sich die Schießstände nicht für die Stadt erhalten ließen? Bürgermeister Stachowitz: Die Schießstände, die auf dem Kämpenterrain hinter dem Ziegeleirestaurant errichtet werden sollen, seien sonst nicht weiter zu verwenden und werden wieder weggenommen. Stv. Mehrlein: Er würde es nicht verstehen können, wenn etwa jemand gegen die beantragte Beihilfe sein sollte. Er beantrage sogar 4000 Mark zu bewilligen. Der hiesigen Gilde habe man es zu danken, daß das Provinzial-Schützenfest hier stattfinde. Stv. Plehwe fürchtet, daß die Gilde mit einer Nachbewilligung komme, wenn man nur 3000 Mark bewillige, er bitte ebenfalls, 4000 Mark zu geben. Bürgermeister Stachowitz: Eine Nachbewilligung sei ausgeschlossen, auch wenn man nur 3000 Mark gebe, und es solle das schon der Gilde gesagt werden. Aber wenn man 4000 Mark bewilligen wolle, werde der Magistrat damit gewiß einverstanden sein. Stv. Romann: Bei der Höhe der Kosten, welche der hiesigen Schützengilde entstehen, bitte er auch 4000 Mark zu bewilligen; was Marienburg gegeben, werde sich Thorn auch leisten können. Der Antrag Mehrlein auf Bewilligung von 4000 Mark wird gegen 11 Stimmen abgelehnt und danach der Magistratsantrag auf Bewilligung von 3000 Mark angenommen. — 10. Bewilligung von 56 000 Mark zum Bau des Anschlußgeleises von der Insterburger Bahn nach dem Schlachthause. Hierüber referirt für die vereinigten Ausschüsse Stv. Glückmann. Die Gesammtkosten haben sich noch auf 57 500 Mark erhöht. Der Anschlag stellte sich auf 47 000 Mark. Die Anlieger forderten für das zur Geleisanlage nöthige Terrain aber erheblich höhere Beträge als man gerechnet. Man hatte 50 Pf. pro Quadratmeter als Norm angenommen, es mußte aber bis 4 Mark gezahlt werden und diese Preise waren auch gerechtfertigt, da in einzelnen Fällen bei den Parzellen das dahinterliegende Landstück werthlos gemacht ist. Nach der Rentabilitätsberechnung stellen sich die Aufwendungen für die Anlage mit den Kosten der Unterhaltung und der Remuneration an einen Weichensteller rc. und einschl. der Verzinsung und Amortisation auf jährlich 3000 Mark. Demgegenüber ist auf eine höhere Einnahme des Schlachthauses zu rechnen. Das Anschlußgeleis soll hergestellt werden, damit das aus Rußland eingeführte Vieh direkt nach dem Schlachthause mit der Bahn befördert werden kann. Anfänglich hatte man die Weiterbeförderung vom Stadtbahnhofe mittels einer Drehscheibe geplant. Die Ausschüsse beantragen Zustimmung zur Magistratsvorlage. Stv. Plehwe frägt, ob das Anschlußgeleis auch von anderen Interessenten zum Weitertransport werde benutzt werden können. Stadtbaurath Schultze: Das werde später Gegenstand besonderer Beschlußfassung sein. Der Stärkefabrik würde das Anschlußgeleis sehr zu Statten kommen; auch eine Zementwaarenfabrik solle ja in der Nähe errichtet werden. Rangirweichen für solche Interessenten ließen sich anbringen. Stv. Kordes möchte näheres über die Ueberführungsgebühr wissen. Stadtrath Fehlauer, Dezernent des Schlachthauses: Die Ueberführungsgebühr werde 1,10 Mk. betragen, dazu die Fracht mit 1 Mk., mache 2,10 Mk. Außerdem werde noch eine besondere Gebühr erhoben werden, die aber noch nicht festgesetzt sei. Je höher sich die Einnahmen des Schlachthauses durch die aus der Herstellung des Anschlußgeleises zu erwartende Vermehrung der Schlachtungen stelle, desto billiger werde man die Ueberführung machen können. Die Herstellung des Anschlußgeleises wird unter Bewilligung der Summe von 57 500 Mark genehmigt. — 11. Gesuch des Schiffbaumeisters Ganott um Erlaß der Miethe für den Schiffsbauplatz pro 1. Oktober 1898 bis 1. April 1899 mit 200 Mark. Nachdem das Gesuch des Herrn G. vom Magistrat abgewiesen, ist derselbe nun bei den Stadtverordneten eingekommen. Herr G. macht geltend, daß die Verhältnisse an der Weichsel sich für sein Geschäft sehr ungünstig gestaltet hätten und er sich in einer Nothlage befinde. An seinem Platz sei das Ufer versandet, außerdem lägen dort immer Traften vor. So könnten die Kähne, welche in Reparatur gehen wollen, nicht landen und sie gäben daher dem neuen Schiffsbauplatz auf der Jakobs-Vorstadt den Vorzug. Er betreibe in seinem Geschäft eigentlich nur Reparatur, da für Neubauten die Holz- und Eisenpreise zu hohe seien. Um seine Arbeitskräfte zu beschäftigen, die er nicht entlassen könne, weil er im Bedarfsfalle tüchtige Arbeiter nicht immer wiederbekommen würde, müsse er Neubauten ausführen, sodaß er keinen Verdienst habe. Da der Platz den Werth wie früher nicht mehr habe, bitte er, ihm die Miethe zu erlassen. Von der Militärbehörde habe er einen anderen Platz an der Bazarkämpe erhalten, und durch die Translokation erwüchsen ihm noch große Kosten. Der Ausschuß beantragt Ablehnung des Gesuches, weil andere Pächter aus ähnlichen Gründen Miethserlasse nachsuchen könnten. Die Versammlung beschließt nach dem Ausschußantrage. — 12. Haushaltsplan der Ufer-Verwaltung pro 1. April 1899/1900. Der Etat wird in Einnahme und Ausgabe auf 23 400 Mark festgesetzt, er ist ebenso hoch wie im Vorjahre. An die Kämmereikasse werden aber infolge des Ankaufes der Holzbrücke über die polnische Weichsel nur 6510 Mark, 3170 Mark weniger als im Vorjahre abgeführt. Auf eine Anfrage des Stv. Cohn erwidert Bürgermeister Stachowitz, daß die Stadt den Platz, welchen Herr Ganott bis jetzt in Pacht gehabt, selbst brauchen werde. Auch sei an Holzauswaschplätzen Mangel. Als Schiffsbauplatz dürfte sich derselbe infolge der Versandung wenig mehr eignen; die endgiltige Festsetzung der Schlußsumme des Etats wird noch offengelassen, da sich der Posten für Pacht aus der Ufer- und Standgelderhebung ändert. — 13. Haushaltsplan des Schlachthauses pro 1. April 1899/1900. Die Einnahme aus Schlachtgebühren wird nur in Höhe von 51 000 Mark eingestellt, gegen 55 000 Mark im Vorjahre, da im laufenden Jahre nur 2900 Mark statt der veranschlagten 6300 Mark mehr durch die Mitbenutzung des Schlachthauses seitens der Gemeinde Mocker eingekommen sind. Daß die Mehreinnahme hinter der Schätzung so erheblich zurückgeblieben, erklärt sich daraus, daß schon vorher viel von Mocker im Thorner Schlachthause geschlachtet worden ist. In Einnahme und Ausgabe wird der Etat auf 64 700 Mark festgestellt, 3360 Mark weniger als im Vorjahre. Bei dem Gehaltsposten des Maschinisten wurde die persönliche Zulage von 100 auf 150 Mark erhöht. Derselbe war eingekommen, ihn seinen Kollegen am Wasserwerk rc. im Gehalt gleichzustellen. — 14. Gesuch des Rentiers Adolph Jacob, Culmerstraße, wegen Ermäßigung des Wasserzinses pro 4. Quartal 1898. Es handelt sich um 300 Kubikmeter infolge Defekt des Wasser-

leitungsrohres unbenutzt abgeflossenes Wasser. Der Magistrat hat das Ermäßigungsgesuch abgelehnt, weil solche Wasserschäden der Wasserwerksverwaltung gleich gemeldet werden sollen. Herr J. hat sich damit entschuldigt, daß er erst jetzt Hausbesitzer sei und die Sache nicht gekannt habe. Der Ausschuß empfiehlt, mit Rücksicht hierauf in diesem Falle ebenso wie in den früheren Fällen von Wasserrohrbrüchen eine Ermäßigung eintreten zu lassen. Die Versammlung genehmigt die Ermäßigung von 25 auf 10 Pf. pro Kbm. — 15. Einrichtung einer Gasbeleuchtung in den Kasernen am rechten Weichselufer. Die Militärverwaltung beabsichtigt in den Kasernen am rechten Weichselufer Gasbeleuchtung einzurichten. Nach dem Anschlage des Herrn Gasdirektor Müller und des Herrn Stadtbaurath stellen sich die Kosten für die inneren Einrichtungen auf 41000 Mk., die Kosten für die Zuleitung auf 3100 Mk.; erstere hat der Militärfiskus zu tragen, letztere sind seitens der Stadt zu übernehmen. Die Gasanstalt gewinnt einen großen Konsumenten. Die Versammlung genehmigt die Kosten für die Gaszuleitung. — 16. Von dem Betriebsbericht der Gasanstalt pro Dezember 1898 wird Kenntniß genommen. Der Gasverlust ist wieder nur ein sehr geringer, er beträgt 2,3 pCt. des Gaskonsums. — 17. Vertragsverhältniß über den Lagerraum 10 im Lagerschuppen I. Der Miether Herr Kaufmann Rawitzki, welcher bisher 250 Mark zahlte, theilte dem Magistrat mit, daß ihm die Miethe zu hoch sei, und bot für die Weitervermiethung 220 Mark. Der Magistrat forderte aber 240 Mark. Nachdem die Neuausschreibung schon bekannt gemacht, hat Herr R. nachträglich diesen Miethspreis angenommen. Der Termin zur Neuverpachtung des Lagerraumes wurde infolge dessen aufgehoben. Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage zu. — 18. Erhöhung der an die sechs Spritzenmeister zu zahlenden Entschädigung für je eine Nachtwache von 2,50 Mk. auf 3,50 Mk. vom 1. April 1899 ab. Es liegt ein Gesuch der städtischen Spritzenmeister vor, die Entschädigung auf 4 Mk. zu erhöhen. Die Gesuchsteller, welche Handwerksmeister sind, führen an, daß ihnen durch die Nachtwache immer ein halber Tag, den sie ruhen müssen, verloren gehe. Schon Herr Stadtbaurath Schmidt habe ihnen eine Erhöhung versprochen gehabt; jetzt kämen sie mit der schon lange berechtigt gewesenen Bitte zum Etat. Der Magistrat beantragt Erhöhung auf 3,50 Mk. Nach dem Ausschußantrag erklärt sich die Versammlung damit einverstanden. — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden für die Pflasterung resp. Chaussirung der Kirchhofstraße 13000 Mark bewilligt, ferner wurde die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die städtischen Subaltern- und Unterbeamten in Höhe von 10 pCt. des Gehaltes genehmigt, und zwar, hinausgehend über den Magistratsantrag, mit der Maßgabe, daß derselbe pensionsberechtigt sein soll. Der Wohnungsgeldzuschuß macht eine Ausgabe von 8000 Mark und die Pensionsberechtigung eine solche von ungefähr 500 Mk. jährlich aus. Schluß des Berichtes folgt. — Am nächsten Mittwoch findet wieder eine Stadtverordnetensitzung zur Berathung des Haupt-Kämmerei-Etats statt.

— (Militärische Personalien.) Leßner, Leutnant im Infanterie-Regiment von der Marwitz (8. Pommersches) Nr. 61, als Hilfslehrer zur Militär-Turn-Anstalt in Berlin kommandirt. Strauß, Hauptmann und Kompagnie-Chef im Pommerschen Pionier-Bataillon Nr. 2, unter Entbindung von dieser Stellung in die II. Ingenieur-Inspektion versetzt und der Fortifikation zu Thorn zugetheilt.

— (Personalien aus dem Kreise Thorn.) Der königliche Landrath hat den Gutsbesitzer Tiedemann in Kielbasin als Schulvorsteher für die neue Schule dortselbst und die Besitzer Jakob Koppis und August Heilemann in Hermannsdorf als Schulvorsteher für die dortige Schule bestätigt.

— (Ein Lehrermangel) ist für das nächste Jahr in Preußen beim Inkrafttreten der neuen Vorschriften über die Militärdienstpflicht der Volksschullehrer zu erwarten. Nach amtlichen Berechnungen werden dadurch etwa 1800 Lehrer auf ein Jahr dem Volksschuldienst entzogen. Eine nun neuerdings vom Kultusminister erlassene Verfügung sucht nun dem Eintritt des Lehrermangels dadurch zu begegnen, daß sie zur privaten Lehrerausbildung unter staatlichen Zuwendungen ermuntert. Trotzdem wird für einige Jahre mit einem Lehrermangel zu rechnen sein.

— (Der ostdeutsche Strom- und Binnenschiffer-Verein) hatte zu Dienstag Abend eine Versammlung nach Danzig einberufen, zu welcher auch alle Schiffer und Schifffahrts-Interessenten eingeladen waren. Etwa 100 Schiffseigenthümer aus den Weichselstädten von Danzig bis über Thorn hinaus waren der Einladung gefolgt. Der Zweck der Versammlung war eine Berathung darüber, ob der Verein bezw. die Weichselschiffer überhaupt sich dem im Januar zu Berlin begründeten deutschen Schifferbunde anschließen sollen. Um die Zwecke dieses neuen Bundes darzulegen, war aus Berlin der Bundesvorsitzende Herr Graf Luckner erschienen und hatte als besonderer Vertrauensmann den in den einheimischen Schifferkreisen hochangesehenen Schiffseigner Herrn Fuchs aus Thorn mitgebracht. Graf Luckner legte Ziele und Zwecke des deutschen Schifferbundes, dessen Protektor Prinz Ludwig von Bayern ist, eingehend dar. Er ermahnte die anwesenden Schiffer, ihre Sonderinteressen bei Seite zu lassen und sich zu einem großen Ganzen zusammenzuschließen. Graf Luckner führte weiter aus, daß der Bund versuchen werde, gegen die gleichmäßige Abgabenerhebung von großen Schiffsbetrieben und einzelnen Kähnen zu protestiren. Man werde es ferner zu erreichen suchen, daß das heutige Vorschleusenrecht dahin geändert werde, daß dieses Recht auf Staats- und solche Transporte, die leicht dem Verderben ausgesetzt sind, beschränkt werde. Ferner müsse für die deutschen Ströme durchweg Abgabenfreiheit herbeigeführt werden. Die Herren Riegel-Danzig und Fuchs-Thorn empfahlen den sofortigen Beitritt zum Bunde; Herr Rochlitz-Thorn rieth dagegen zur Vorsicht. Eine mehrstündige Debatte ergab, daß die Mehrheit der Versammlung den Beitritt zum Bunde als ersprießlich erachtete; ein besonderer Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Viele Schiffseigner erklärten schließlich ihren Beitritt.

— (Vortragskursus für ältere Landwirthe.) Zu dem am Montag in Danzig beginnenden Vortragskursus für ältere Landwirthe haben sich gegen 300 Theilnehmer gemeldet.

— (Abiturienten-Prüfung.) Die mündliche Abiturienten-Prüfung am hiesigen Gymnasium ist am Donnerstag den 2. März.

— Postalisches.) Vom 1. März wird das Postamt in Mocker nur noch mit der Schaffnerbahnpost Marienburg-Thorn im Zuge 510 in Verbindung treten. Im übrigen sollen die durch die Culmer Vorstadt verkehrende Landpostfahrt und die Kariolpost nach Heimsoot zur Beförderung der Postsendungen von und nach Mocker mitbenutzt werden. Die bezeichneten Posten erhalten daher vom 1. März ab folgenden Gang:

K	FL	km		FL	K
7^{5}	2^{15}	0	Thorn	12^{10}	8^{20}
7^{20}	2^{25}	2	Mocker	12^{0}	8^{0}
7^{55}	—	7	Schönwalde Abg.	—	7^{20}
8^{50}	—	14	Swierzynko Abg.	—	6^{25}
9^{35}	—	22	Heimsoot Abg.	—	5^{40}

— (Namensänderung) Im „Kreisblatt“ macht der königl. Landrath bekannt: Nachdem der Herr Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten durch Erlaß vom 14. d. Mts. genehmigt hat, daß der jetzigen Oberförsterei Strembaczno und dem gleichnamigen Schutzbezirk derselben die Bezeichnungen „Oberförsterei Drewenzwald“ und „Schutzbezirk Eichrode“ beigelegt werden, werden die Bezeichnungen „Oberförstergehöft Leszno“ und „Förstergehöft Strembaczno“ in „Oberförstergehöft Drewenzwald“ bezw. „Förstergehöft Eichrode“ abgeändert.

— (Der Lehrerverein) hat am Sonnabend, den 25. d. Mts., 7 Uhr, im kleinen Saale des Schützenhauses eine Sitzung. Nach dem Vortrage soll Durchberathung der Satzungen des Provinzial-Verbandes erfolgen.

— (Einen polnischen Gartenbauverein) will man in Thorn gründen. Zu diesem Zwecke ist durch die „Gaz. Tor.“ für Sonntag eine Versammlung einberufen, in welcher sich der Verein konstituiren und die Annahme der Statuten erfolgen soll. Wie es in der Einladung heißt, soll der Verein den Zweck verfolgen, durch gegenseitigen Austausch der Erfahrungen die Berufsinteressen zu fördern. Dieses Ziel würden die polnischen Gärtnereibesitzer leichter und gründlicher in dem hier bereits bestehenden Gartenbauverein erreichen, aber Herrn Redakteur Brejski ist es nun einmal darum zu thun hier einen polnischen Verein nach dem anderen zu gründen, unbekümmert darum, ob dadurch das Zusammenleben der Bevölkerung gestört und durch gewerbliche Sondervereinigungen die allgemeinen gewerblichen Interessen geschädigt werden, was den polnischen Gewerbetreibenden selbst am meisten nachtheilig ist. Die Einladung zu der Versammlung am Sonntag steht nicht im Inseratentheil der „Gaz. Tor.“, sondern unter den Lokalnachrichten.

— (Zum Künstler-Konzert am 1. März.) Das bevorstehende Konzert wird erlesenen Kunstgenuß bieten; das Programm ist reichhaltig und sehr schön zusammengestellt. Es kommen außer Liedern von Schubert, Schumann 2c. auch eine Reihe heiterer, neckischer Lieder zum Vortrage, worin Frau Herms-Sandow ganz besonders glänzt. Außerdem werden die Musikfreunde den seltenen Genuß haben, zwei Lieder mit Cello- und Klavierbegleitung zu hören, und zwar das stimmungsvolle Schumann'sche Abendlied und das groß angelegte italienische Lied von Giordani „Caro mio ben“. Soweit uns bekannt, sind Gesänge mit Cello- und Klavierbegleitung hier in Konzerten noch nicht zum Vortrage gebracht worden. Auch hat hier seit langer Zeit kein Cello-Solist konzertirt, und der am 1. März auftretende Herr Eugen Sandow ist ein Violoncello-Virtuose par excellenze, er gereicht dem königlichen Hofopern-Orchester in Berlin zur Zierde. Die Klavierbegleitung hat Herr Otto Oberholzer aus Berlin übernommen. Im Januar d. Js. gab das Künstlerpaar in einigen pommerschen Städten Konzerte, ebenfalls mit großem künstlerischen Erfolge. In Stralsund hatte ihr Konzert so große Begeisterung hervorgerufen, daß die Künstler sich auf vieles Verlangen entschließen mußten, Tags darauf eine Matinee zu geben, welche wiederum äußerst stark besucht war. Zahlreiche kostbare Blumenspenden wurden der Sängerin dargebracht, sogar in das Koupee des nachmittags von Stralsund abfahrenden Zuges der scheidenden Künstlerin hineingereicht.

— (Dresdener Gastspiel-Vorstellungen.) Der Erfolg der Dresdener Vorstellungen in Gnesen ist ein derartiger, daß die Dresdener Gäste noch drei Abende dort zugeben müssen und der Beginn des hiesigen Gastspiels bestimmt auf Sonntag den 26. Februar angesetzt ist. Es kommt an diesem Eröffnungs-Abende mit der königl. Hofschauspielerin Frl. Henriette Masson, deren Künstlerschaft hier, wie überall gleiche Begeisterung erweckte, und dem prächtigen ersten Liebhaber des Berliner Theaters, Herrn Caesar Beck, sowie dem trefflichen Ensemble Oskar Blumenthals bestes Lustspiel „Das zweite Gesicht“ zur Darstellung. Billets sind von heute ab für Sonntag in der Buchhandlung des Herrn Walter Lambeck zu haben.

— (Symphonie-Konzert.) Am Freitag den 3. März giebt die Kapelle des Infanterie-Regiments von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61 im großen Saale des Artushofes ihr letztes diesjähriges Symphonie-Konzert.

— (Ein Familienabend) findet am Montag, abends 8 Uhr im Wiener Café zu Mocker statt. Herr Pfarrer Heuer hält einen Vortrag, außerdem finden Gesangsvorträge und die Aufführung eines kleinen patriotischen Festspieles statt. Der Eintritt ist frei.

— (Fahnenflüchtiger.) Der Musketier Julius Zöllner von der 3. Kompagnie Infanterie-Regiment Nr. 21 hat sich seit dem 15. d. Mts. aus der hiesigen Garnison entfernt. Z., der früher Knecht war, ist aus Schwetz gebürtig, auch sein letzter Aufenthaltsort war Schwetz.

— (Steckbriefe.) Steckbrieflich verfolgt werden von der königlichen Staatsanwaltschaft Thorn der 18 Jahre alte Hausdiener Friedrich Wolff aus Thorn wegen Diebstahls und der Knecht Thomas Poroczynski, zuletzt bei dem Besitzer Gustav Schwantz in Watterowo im Dienste, wegen schweren Diebstahls.

— (Von der Weichsel.) Der Wasserstand bei Warschau betrug heute 1,78 Meter (gegen 1,90 Meter gestern.)

— (Viehmarkt.) Auf dem heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 327 Ferkel und 34 Schlachtschweine. Schweine wurden bezahlt mit 36—37 Mark für magere und 38—40 Mark für fette Waare pro 50 Kilogr. Lebendgewicht.

+ Mocker, 22. Februar. (Der deutsch-evangelische Enthaltsamkeits-Verein zum „Blauen Kreuz“ zu Thorn), welcher sich die Aufgabe gestellt hat, mit Gottes Hilfe und persönlicher Beeinflussung Trinker und durch Trunksucht verkommene Mitmenschen in christlicher Liebe zu retten und sie der Kirche, der menschlichen Gesellschaft, aus der sie durch ihre eigene Schuld fast gänzlich ausgestoßen waren, und ihren Familien, denen sie durch das erwähnte Laster entfremdet waren, wieder zurückzugewinnen, sie wieder zu nützlichen und arbeitsamen Menschen zu machen und so den durch die Trunksucht verscheuchten Haus- und Familienfrieden bei den angeblich unverbesserlichen Trinkern wiederherzustellen und den auf die obige Weise ins Unglück gerathenen Familien wieder zu Glück und Wohlstand zu verhelfen, beabsichtigt auch in Mocker durch Ausflüge des Vereins Vorträge zu halten, und zwar findet der erste Vortrag hier am Sonntag den 26. d. Mts. nachmittags 3 Uhr statt. Der hiesige Gemeindevorstand hat nun bis auf weiteres genehmigt, daß dem Enthaltsamkeits-Verein das Klassenzimmer in der Mädchenschule, in welchem die Sonntags-Gottesdienste stattfinden, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde.

Podgorz, 22. Februar. (Verschiedenes.) Gestern fand im Magistratssitzungszimmer eine Versammlung der Gemeindevertretung statt, in welcher 10 Punkte öffentlich verhandelt wurden. Der „Podg. Anz.“ berichtet über die Sitzung: 1. Die Einführung des Postvorstehers Herrn Eggebrecht erfolgte durch den Vorsitzenden Herrn Bürgermeister Kühnbaum in üblicher Weise. 2. Den Zuschlag für den Bau eines Verkaufsraumes für minderwerthiges Fleisch u. s. w. erhielt als Mindestfordernder Herr Bauunternehmer Pansegrau von hier. 3. Von der Regierungsverfügung betr. Bewilligung von 680 Mk. außerordentliche Beihilfe zur Lehrerbesoldung nimmt die Vertretung Kenntniß. 4. Ueber den Antrag des Magistrats, betreffend Pflasterung der Magistratsstraße, wird, nachdem der Kostenanschlag, der Plan u. s. w. in Augenschein genommen, Zurückstellung beschlossen, bis der Kreis sich erklärt, wieviel er zu den Kosten beisteuert. 5. Die Vertretung nimmt vom Kassenabschluß der Kämmereikasse pro Monat Januar Kenntniß. 6. Die Rechnung des Klempnermeisters Ullmann wird zur Zahlung angewiesen. 7. Der Antrag des Magistrats betr. Verkauf der alten Pumpen wird vertagt, da der Brunnenbauer Baier-Berlin sich entschlossen hat, die Pumpen anzukaufen. 8. Der Antrag des Brauereibesitzers Thoms um die Erlaubniß zur Benutzung des städtischen Terrains behufs Durchführung einer Wasserleitung nach seinem Etablissement wird genehmigt. — Der Postgehilfe Krebs ist von hier nach Neumark (Westpreußen) und der Postgehilfe Wessel von Schönsee nach hier versetzt worden. — Ein etwa 2jähriger Knabe ist heute Nachmittag hier aufgegriffen worden. Die Eltern des Kindes haben sich bei dem Polizeisergeanten Wessalowski zu melden. — Zugelaufen ist vor einigen Tagen bei dem Eigenthümer Michael Busse-Schlüsselmühle ein weißer Hund.

Mannigfaltiges.

(Erschossen) hat sich in Münster i. W. der Premierleutnant Schulze vom Trainbataillon Nr. 7.

(In dem Prozesse gegen die Photographen) Wilcke und Priester verkündete am Montag das Hamburger Landgericht, daß sämmtliche von den Beklagten gemachten photographischen Aufnahmen der Leiche des Fürsten Bismarck an die Bismarck'sche Familie zwecks Vernichtung auszuliefern seien. Den Photographen ist die Verbreitung eines solchen Bildes bei sechsmonatlicher Haftstrafe für jeden Uebertretungsfall verboten. Die Beklagten legten Berufung beim Oberlandesgericht ein.

(Keine Spur von Andrée.) Nach einem Telegramm aus Krasnojarsk trafen dort Berichte von zwei Forschungsexpeditionen ein. Der Führer der Expedition entlang dem Pit-Fluß im Nord-Jenissei-Distrikt berichtet, daß nichts gefunden wurde, was die Tungusen-Gerüchte bestätige. Die zweite Expedition kehrte ohne Nachricht über Andrée zurück. Die Behörden beabsichtigen, die Nachforschungen nicht fortzusetzen, wenn die Expedition am Pit-Fluß ihre Suche vollendet hat. Das russische Ministerium des Aeußern hat vom Gouverneur in Jenisseisk folgende aus Krasnojarsk vom Montag datirte Depesche erhalten: Die Mittheilungen des Blattes „Jenissei“ bezüglich der Expedition Andrée haben sich, wie die von dem Inspekteur der Minen vorgenommene Untersuchung an Ort und Stelle ergab, nicht bestätigt.

(Raubmördern zum Opfer gefallen) ist in Oldisleben bei Apolda die Familie des Oekonomen Müller. Er sowie seine Frau und seine beiden Kinder wur den früh in ihrem Blute schwimmend in den Betten aufgefunden.

Neueste Nachrichten.

Bromberg, 23. Februar. Bei der heutigen Wahl des Ober-Bürgermeisters erhielt von 31 Stimmen Herr Landesrath v. Knoblauch-Posen 16 Stimmen; derselbe ist somit gewählt. Auf Stadtrath Künzer-Posen fielen 15 Stimmen.

Berlin, 23. Februar. Heute vormittags fand in der St. Hedwigskirche eine Trauerfeier für Faure statt. Gegen 11 Uhr betraten sämmtliche hier anwesenden Prinzen, die Botschafter, Gesandten, der Reichskanzler und die Staatsminister von Bülow und v. d. Recke, die Generalität und die Admiralität das Gotteshaus. Um 11 Uhr erschien der Kaiser und wurde am Eingange der Kirche von dem französischen Botschafter empfangen. Der Kaiser nahm neben dem Altar Platz. Hierauf wurde ein Requiem executirt. Der Kaiser reichte dem französischen Botschafter, der ihn bis zum Wagen geleitete wiederholt die Hand.

Paris, 23. Februar. Gegenüber den in einzelnen Blättern aufgetauchten Gerüchten, nach welchen Faure außerhalb des Elysées erkrankt und unter räthselhaften Umständen gestorben sein soll, stellt Kabinetsminister Legall im „Figaro“ fest, was Faure im Laufe des betreffenden Tages gethan und daß er das Elysée an demselben nicht verlassen hat.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Wartmann in Thorn

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	23. Febr.	22. Febr
Tend. Fondsbörse: still.		
Russische Banknoten p. Kassa	216—35	216—35
Warschau 8 Tage	216—	216—
Oesterreichische Banknoten .	169—55	169—50
Preußische Konsols 3 % . .	92—90	93—
Preußische Konsols 3½ % .	101—60	101—60
Preußische Konsols 3½ % .	101—50	101—40
Deutsche Reichsanleihe 3% .	92—90	93—
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	101—60	101—70
Westpr. Pfandbr. 3% neul. II.	90—70	90—70
Westpr. Pfandbr. 3½ % „ „	99—10	99—10
Posener Pfandbriefe 3½ % .	99—30	99—20
„ 4 % . .	—	—
Polnische Pfandbriefe 4½ %	101—	100—90
Türk. 1% Anleihe C . . .	28—25	28—30
Italienische Rente 4% . . .	—	96—
Rumän. Rente v. 1894 4% .	92—20	92—20
Diskon. Kommandit-Antheile	202—30	201—60
Harpener Bergw.-Aktien . .	182—80	183—
Nordd. Kreditanstalt-Aktien .	127—20	127—10
Weizen: Loko in Newyork Oktb.	—	85⅞
Spiritus: 50er loko	—	—
70er loko	40—50	40—

Bank-Diskont 4½ pCt., Lombardzinsfuß 5½ pCt
Privat-Diskont 5⅛ pCt. Londoner Diskont 3 pCt

Berlin, 23. Februar. (Spiritusbericht.) 70er Umsatz 122000 Liter 40,50 Mk.

Königsberg, 23. Februar. (Spiritusbericht.) Zufuhr 60000 Liter, gekündigt 20000 Liter, Tendenz niedriger. Loko 38,80 M. Gd., 38,80 und 38,90 M. bez., Februar 38,50 Mk. Gd., Februar-März 38,50 Mk. Gd., Frühjahr 40,00 Mk. Gd.

Standesamt Mocker.

Vom 16. bis einschließlich 23. Februar d. J. sind gemeldet:

a) als geboren:

1. Arbeiter Joseph Beszczynski-Schönwalde, S. 2. Arbeiter Joseph Glasowski-Schönwalde, S. 3. Eisendreher Carl Stoff, S. 4. Fleischermeister Wladislaus Girczewski, S. 5. Hausdiener Joseph Stremel, S. 6. Gärtner Simon Borkowski, T. 7. Arbeiter Andreas Roesmer, T. 8. Arbeiter Johann Kielkiewicz, T. 9. Schlosser Carl Grotjahn, T. 10. Maurer Gustav Heckel, T. 11. Arbeiter Franz Stendel-Schönwalde, T. 12. Bahnarbeiter Ignatz Kocielski, T. 13. Straßenbahn-Schaffner Emil Fritz, S. 14. Arbeiter Johann Zuchowski, S. 15. Arbeiter Franz Kocinski, S.

b) als gestorben:

1. Leokadia Pikarski, 14 T. 2. Willy Jagusch, 4 M. 3. Maria Zielniewski geborene Lewandowski-Schönwalde, 67 J. 4. Paul Victor Terkowski, 7 W. 5. Katharina Grzegorowski geb. Paczkowski, 77 J. 6. Felix Grabowski, 14 Tage.

c) als ehelich verbunden:

1. Eigenthümer Rudolf Stiller mit Ernestine Lau geb. Pritzlaff. 2. Maurer Joseph Ostrowski mit Hedwig Farchmin.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 24. Februar 1898.

Altstädtische evangelische Kirche: Abends 6 Uhr Passionsandacht: Pfarrer Stachowitz. — Orgelvortrag: Fuge C-dur von Mendelssohn.

Evangelisch-lutherische Kirche: Abends 6½ Uhr Passionsstunde: Superintendent Rehm.

Evangelisch-lutherische Kirche in Mocker: Abends 7 Uhr Passionsandacht: Pastor Meyer.

Evangelische Schule zu Regencia: Abends 7 Uhr Bibelstunde: Pfarrer Endemann.

Donnerstag früh um 2¼ Uhr entschlief sanft nach kurzem aber schwerem Leiden unsere geliebte Tochter, Schwester und Cousine

Adele,

welches Freunden u. Bekannten um stille Theilnahme bittend hierdurch anzeigen

Aline Knopmuss, verw. Kreissekretär,
Lisbeth Knopmuss,
Meta Knopmusss,
Narie Knopmuss,
Martha Stender geb. Streichan,
Otto Stender.

Die Beerdigung findet Sonnabend Nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Mocker Thornerstr. 12, aus auf dem altst. ev. Kirchhofe statt.

Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Königl. Amtsgericht zu Thorn.

Es sollen in öffentlicher Ausschreibung getrennt vergeben werden:
1) die Tischlerarbeiten einschl. Materiallieferung, 105 Thüren, 181 Fenster, Zahltische, Wandtäfelungen und Schranken,
2) die Schlosserarbeiten desgl.

Der Termin zur Eröffnung der Angebote wird im Baubureau des mitunterzeichneten Regierungs-Baumeisters, Grabenstraße,

Sonnabend, 11. März 1899 vormittags 10 Uhr

abgehalten.

Die Zeichnungen, Verdingungsanschläge und Bedingungen liegen ebendaselbst zur Einsichtnahme bereit.

Verdingungsanschläge und besondere Bedingungen werden gegen Erstattung von 2,50 Mk. für Los 1 und von 2,00 Mk. für Los 2 abgegeben oder gegen post- u. bestellgeldfreie Einsendung der Beträge (nicht in Briefmarken) übersandt.

Der Ausschreibung liegen zu Grunde die Bedingungen für die Bewerbung von Arbeiten und Lieferungen vom 17. Juli 1885, sowie die allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Hochbauten, welche im Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Marienwerder Nr. 14 vom 6. April 1898 veröffentlicht sind.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Thorn den 19. Februar 1899.

Der Königl. Kreis-Bauinspektor. Morin.

Der Kgl. Regierungs-Baumeister. Bode.

Am 6., 7., 8., 9., 10., 11., 13. u. 14. März d. Js. von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags wird auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz von den Infanterie-Regimentern von Borcke und von der Marwitz Gefechtsschießen mit scharfer Munition abgehalten werden. Vor dem Betreten des Schießplatzes und des benachbarten, gefährdeten Geländes wird gewarnt.

Kgl. Kommando des II. Batl. Infanterie-Regiments v. d. Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61.

Oberförsterei Argenau.

Am 2. März 1899, vormittags 9 Uhr werden in **Witkowski's** Tivolisaal zu Argenau folgende Kiefernhölzer versteigert:
Seedorf, Jagen 20 Durchforst.: 4 Stück Bauholz, 70 Bohlstämme, 500 Stangen 1.—3. Kl. Trockenhieb, 100 Stück Bauholz, 130 Bohlstämme, 170 Stangen 1. und 2. Kl.;
Dombken, Trockenhieb: 20 Stück Bauholz, 30 Bohlstämme;
Unterwalde, Jagen, 115 Schlag: 1 Stück Bauholz, 14 Bohlstämme, 5 Stangen 1. Kl.;
Bärenberg, Jagen, 236 Schlag: ca. 500 Stück Bauholz, 250 Bohlstämme, 100 Stangen 1. bis 3. Klasse.

Danach Brennholz aus dem ganzen Revier.

Prof. Soxhlet's Milch-Kochapparate sowie **Zubehörtheile** empfiehlt **Erich Müller Nachf., Breitestrasse 4.**

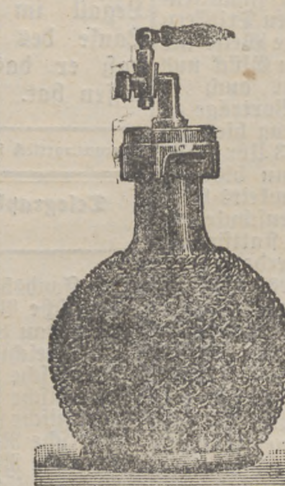
Einspänner-Britschke für alt zu kaufen gesucht. Anerbieten erbeten. **O. Carus,** Mocker Wpr.

Bier-Versandt-Geschäft

von

F. Grunau, Thorn,

Baderstrasse 28,



empfiehlt folgende Biere in Gebinden, Siphons und Flaschen:

Königsberger-Wickbold.

Helles Märzenbier 36 Fl. 3,00 Mk., im Siphon, 1, 2 und 5 Ltr. Inh., Ltr. 35 Pf.
Münchener à la Pschorr 30 Fl. 3,00 Mk., „ „ 1, 2 „ 5 „ „ „ 40 Pf.
Export à la Kulmbacher 30 Fl. 3,00 Mk., „ „ 1, 2 „ 5 „ „ „ 40 Pf.

Erlanger Brauerei Gebr. Reif.

Hell Export 18 Fl. 3,00 Mk., im Siphon, 1, 2 und 5 Ltr. Inhalt, Ltr. 50 Pf.
Dunkel Export 18 Fl. 3,00 Mk., „ „ 1, 2 „ 5 „ „ „ 50 Pf.

Siechenbier, Brauerei J. G. Reif.

18 Fl. 3,00 Mk., im Siphon, 1, 2 und 5 Ltr. Inhalt, Ltr. 50 Pf.

Die für **ganz Deutschland** genehmigten, beliebten und viel begehrten

Wohlfahrts-Lose à M. 3,30 Porto u. Liste 30 Pf. mehr

der II. Lotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete sind erschienen. Nur Geldgewinne ohne Abzug. Hauptgewinne:

100000 Mk. 50000 Mk.

u. s. w. Baldiger Kauf empfiehlt sich. Lose zu beziehen vom General-Debit **Ludw. Müller & Co., Berlin,** Breitestr. 5 und überall durch die bekannten Losverkaufstellen.

Norddeutsche Creditanstalt,

Agentur Thorn.

Wir vergüten für Baareinlagen auf provisionsfreiem Depositenconto bis auf weiteres:

Ohne Kündigung . . . . 3 %.
Bei dreitägiger Kündigung . . 3¼ %.
Bei einmonatlicher Kündigung 3½ %.
Bei dreimonatlicher Kündigung 3¾ %.

In sauberster Ausführung liefert **schnell** und **billig:**

Visitenkarten,
Einladungskarten,
Gratulationskarten,
Geburts-,
Verlobungs- u.
Vermählungsanzeigen

C. Dombrowski'sche Buchdruckerei.
Katharinen- u. Friedrichstr.-Ecke.

Klauenöl,

präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von

H. Möbius & Sohn, Knochenölfabrik, **Hannover.**

Zu haben bei den Herren **O. Klammer** und **S. Landsberger.**

Dillgurken hat faßweise abzugeben **Ed. Raschkowski.**

Margarinekübel, große Partie, stehen daselbst billig zum Verkauf.

Gut erhaltene komplette **Arbeitsgeschirre** für 10 Pferde und **ein gebrauchter Damensattel** billig zu verkaufen. **Emil Puppel,** Sattlermeister.

Ein Goldfuchs,



Wallach mit Blässe, 4 Jahre alt, 173 Zentimeter groß, geborenes Reitpferd. **Zwei Pferde: Eine Rappstute,** 4 Jahre alt, 176 Zentimeter groß, und **1 schwarzbrauner Wallach,** 6 Jahre alt, 176 Zentimeter groß, beide starke Wagenpferde, stehen auf dem **Rittergute Elzanowo** per Schönsee Westpr. zum Verkaufe.



15 Stück kernfette Mastschweine verkauft **Domaine Gr.-Morin** bei Argenau.

Restauration, auch zu jedem anderen Geschäft geeignet, ist vom 1./4. zu verm. Coppernikusstraße 39, II. **Kwiatkowski.**

An die deutschen Hausfrauen!

Die armen Thüringer Weber bitten um Arbeit!

Thüringer Weber-Verein zu Gotha.

Geben Sie den in ihrem Kampfe um's Dasein schwer ringenden armen

„Webern"

wenigstens während des Winters Beschäftigung.

Wir offeriren:

Handtücher, grob und fein.
Wischtücher in diversen Dessins.
Küchentücher in diversen Dessins.
Staubtücher in diversen Dessins.
Taschentücher, leinene.
Scheuertücher.
Servietten in allen Preislagen.
Tischtücher am Stück und abgepaßt.
Rein Leinen zu Hemden u. s. w.
Rein Leinen zu Betttüchern und Bettwäsche.
Halbleinen zu Hemden u. Bettwäsche.
Bettzeug, weiß und bunt.
Bettbarchent, roth und gestreift.
Drell, gute Waare.
Halbwollenen Stoff, zu Frauenkleidern,
Altthüringische Tischdecken mit Sprüchen.
Altthüringische Tischdecken mit der Wartburg.
Fertige Kanten-Unterröcke 2 Mark pro Stück.

Alles **mit der Hand** gewebt, wir liefern nur **gute** und **dauerhafte** Waare. Hunderte von Zeugnissen bestätigen dies.

Muster und Preis-Courante stehen gerne **gratis** zu Diensten.

Kaufmann C. F. Grübel, Landtags-Abgeordneter, Vorsitzender.

Henkel's Bleich-Soda,

erfunden 1876,

bestes u. billigstes Wasch- u. Bleichmittel.

Nur in Original-Packeten mit dem Namen **„Henkel"** und dem **„Löwen"** als Schutzmarke.

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Französische Oelsardinen mit Schachtel 50 Pf., **russische Sardinen,** in Postfäßchen 2,25 Mark, **ff. Bratheringe,** in Blechdosen 1,80 Mark empfiehlt **Joseph Bry, Baderst. 7.**

Heringe, gefüllte Schotten, Stück 4 und 8 Pf. empfiehlt **Carl Sakriss,** Schuhmacherstr. 26.

Neunaugen p. Schock 7,50 Mk.
„ ½ „ 3,75 „
offerirt **P. Begdon,** Neust. Markt 20.

Jüngere Buchhalterin v. 1. März d. Js. gesucht. Angebote u. **C. D.** an d. Geschäftsst. d. Z. m. Ang. d. beanspr. Geh. u. Zeugn.

Cellist welcher geneigt ist, einen Abend wöchentlich Trio zu spielen, wird gebeten seine Adresse unter **„Trio"** an die Geschäftsst. d. Ztg. zu senden.

Eine Sammlung von **Hirsch- und Rehgeweihen** einzeln oder im ganzen zu verkaufen Seglerstraße 7, 2 Treppen.

Strohhüte zum waschen, färben und modernisiren werden angenommen. Neueste Façons zur gefl. Ansicht. **Minna Mack Nachf.,** Baderstraße, Ecke Breitestraße.

Ein selbstthätiger, unverheiratheter, ältlicher **Gärtner** findet sogleich Stellung bei gutem Lohn in **Domaine Steinau** bei Tauer.

Tüchtige **Klempner** für **Bau- u. Wasserleitungs-Anlagen** sucht von sofort **W. Palm, Elbing.**

Malergehilfen u. Anstreicher stellt ein **L. Zahn, Malermeister.**

Ein abgeschlossener Hof zur Lagerung geeignet, und ein **Pferdestall** mit Heu- und Strohboden zu verm. **Brückenstr. 5.**

Fortzugshalber versch. Haus- u. Wirthschaftsgeräthe, sowie 1 Aachener Badeofen zu verkaufen. **Jacobsohn,** Seglerstraße 25.

Herrschaftliche Wohnung von 8 Zimmern und allem erforderlichen Zubehör vom 1. April d. Js. zu vermiethen. Anfr. Brombergerstraße 60 im Laden.

2—3 unmöblirte freundliche und saubere Zimmer mit Bedienung zum 1. April von einem Regierungsbeamten zu miethen gesucht. Bedingung: aufmerksame Bedienung u. größte Sauberkeit. Anerb. nur m. Preisangabe unter **H. L.** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Konservativer Verein.

Heute, Freitag, abends 8 Uhr:

Vereinsabend im Schützenhause.

Gäste sind willkommen.

Kolonialabtheilung Thorn

Freitag den 24. Februar abends 8 Uhr **Fürstenzimmer des Artushofes: Herrenabend. Samoafrage.**

Montag den 27. Februar abends 8 Uhr:

Evangelischer Familienabend im **Wiener Café zu Mocker.**

Freier Eintritt.

Verbrecherkeller.

Freitag und Sonnabend:

Frischer Anstich von **Kulmbacher Reichelbräu (Kissling-Bier).**

Einen ordentlichen Jungen zum Ausfahren der Backwaaren sucht **Grabowski,** Bäckermstr., Gerberstr. 14.

Von sofort wird zum Möbel aufbewahren ein **Raum** oder ein **Zimmer** zu miethen gesucht. Anerb. u. **A. B.** mit Preisangabe an die Geschäftsstelle erbeten.

Wohnung von 5 Zimmern und allem Zubehör vom 1. April d. Js. billig zu vermiethen. Anfragen Brombergerstraße 60 im Laden.

Wohnung von 4 Zimmern und allem Zubehör im Hochparterre mit besonderem Eingang vom 1. April zu vermiethen. Anfragen Brombergerstraße 60 im Laden.

In meinem Hause, **Brückenstr. 21,** ist die

3. Etage

zum 1. April zu vermiethen **W. Romann.**

Schützenhaus, Thorn.

Sonntag, 26. Februar cr.: Eröffnungs-Vorstellung des **Dresdener Gastspiel-Ensemble** und Gastspiel von Fräulein **Henriette Masson,** Kgl. Hofschauspielerin, und Herrn **Caesar Beck** vom Berliner Theater.

Das zweite Gesicht. Lustspiel in 4 Akten v. Oskar Blumenthal.

Montag, 27. Februar cr.: Renaissance. Lustspiel v. Koppel-Ellfeld u. Schönthan.

Bons, je 6 Stück, und Billet-Vorverkauf in der Buchhandlung des Herrn **W. Lambeck.**

Preise der Plätze: Sperrsitz 2 Mk., 1. Platz 1,50 Mk., Saalplatz 1 Mk. Kassenöffnung 7½, Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Junger evangel. Kaufmann, etwas Vermögen, wünscht Bekanntschaft einer jungen Dame mit Vermögen von 9 00—12000 Mark. Gefl. Adressen nebst Photographie werden unter Nr. **500** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten. Anonym unberücksichtigt.

Evangelischer Lehrer mit Vermögen wünscht sich mangels Damenbekanntschaft auf diesem Wege zu verh. Gebildete, wirthschaftliche Damen von schöner Gestalt (20 bis 26 Jahre) mit Aussteuer, wenn auch ohne Vermögen, belieben ernstgemeinte Anerbieten unter **Nr. 1000** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einzusenden. Verschwiegenheit selbstverständlich.

Fragst auch noch Du, kleiner Schelm. D. M.

Täglicher Kalender.

1899.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar.	—	—	—	—	—	24	25
	26	27	28	—	—	—	—
März . . .	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	—
April . .	—	—	—	—	—	—	1
	2	3	4	5	6	7	8
	9	10	11	12	13	14	15
	16	17	18	19	20	21	22
	23	24	25	26	27	28	29

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn

Hierzu Beilage.

Beilage zu Nr. 47 der „Thorner Presse"

Freitag den 24. Februar 1899.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

4. Sitzung am 22. Februar 1899. 12 Uhr.

Die im Anschluß an das bürgerl. Gesetzbuch in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe sollen, wie nach längerer Berathung beschlossen wurde, der verstärkten Justizkommission zur Vorberathung überwiesen werden.

Bei dem Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf betreffend Schutzmaßregeln im Quellengebiete der linksseitigen Oderzuflüsse in der Provinz Schlesien erklärt.

Minister von Hammerstein, daß die von der Kommission beschlossene Abänderung des § 7 der Vorlage, wonach entgegen dem Vorschlage der Regierung die Kostenvertheilung bei den Regulirungsarbeiten auf $^2/_3$ für den Staat und $^1/_3$ für die Gemeinde vertheilt sind, für die Regierung unannehmbar sei.

Nach langer Debatte wird § 7 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Das Frankfurter Synagogengesetz wird ohne Debatte genehmigt.

Der Gesetzentwurf betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten geht nach längerer Besprechung an die um fünf Mitglieder verstärkte Gemeindekommission.

Nächste Sitzung unbestimmt, voraussichtlich Mitte März.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 22. Februar 1899, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Thielen Brefeld und Kommissare.

Bei gut besuchtem Saale begann das Haus seine heutige Sitzung mit der ersten Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend den Ankauf der Bernsteinwerke der Firma Stantien und Becker. Die Vorlage verlangt vom Hause die Ermächtigung, zum Zwecke des Ankaufes der Becker'schen Besitzungen und Uebernahme der Ausnutzung des Bernsteinregals seitens des Staates die Summe von $9^3/_4$ Mill. Mk. verwenden zu dürfen.

Abg. Friedberg (natlib.) erklärt, daß seine Partei gegen die Erweiterung der Staatsbetriebe ihre Bedenken habe. Im vorliegenden Falle liege allerdings ein dringendes Bedürfniß vor, da der Staat nun einmal das Bernsteinregal besitze und die bisherige Verpachtung an einen Privatunternehmer zu mancherlei Mißständen geführt habe. Bedenken habe seine Partei hauptsächlich in der Richtung, ob es möglich sein werde, beim Staatsbetriebe eine geeignete kaufmännische Leitung zu gewinnen. Um über die Pläne der Regierung genauere Auskunft zu erhalten, beantragte Redner Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Krieger-Königsberg (freis. Vp., auf der Tribüne schwer verständlich) wünscht nähere Nachweise über die Rentabilität des Unternehmens und gewisse Garantieen bei Uebernahme der Betriebsleitung seitens des Staates.

Abg. Graw (Ztr.) erklärte, daß seine Freunde der Vorlage sympathisch gegenüberständen, zumal kein anderer Ausweg vorhanden sei, um die Klagen gegen den jetzigen Betrieb zu beseitigen. In demselben Sinne sprachen sich auch die Abgg. Lohmann (natlib.), Pleß (Ztr.) und Dittrich (Ztr.) aus. Während der Abg. Pleß der Staatsregierung dringend die Wünsche der Bernsteindrechsler an's Herz legte, schien dem letztgenannten Abgeordneten der Preis ein zu hoher zu sein und er behält sich vor, daß die Kommission nach dieser Richtung hin eine eingehende Prüfung vornehmen werde.

Auf das Bedenken des Abg. Rickert, ob eine geeignete kaufmännische Leitung gefunden sei, bemerkt der Minister Brefeld, daß der in Aussicht genommene Leiter leider verstorben sei; es sei jedoch zweifellos, daß die Regierung einen geeigneten Leiter finden werde, man möge der Regierung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die Beamten mindestens ebenso gut behandeln werde, wie der bisherige Leiter, und daß sie sich der Leitung eines solchen Betriebes auch gewachsen zeigen werde.

Nachdem Abg. Gamp (freikons.) den Wunsch ausgesprochen hatte, daß das jetzige Bernsteinmuseum in Königsberg, das dem bisherigen Besitzer Becker gehört, der Provinz Ostpreußen erhalten bleibe, wurde die erste Lesung geschlossen und die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen, für die der Minister Brefeld weitere Aufklärung über das Programm der Regierung für die Uebernahme der Ausnutzung des Bernsteinmonopols zusagte.

Das Haus ging darauf zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung über.

Ein Antrag der Konservativen, die Regierung aufzufordern, mit der Stadt Berlin wegen der Betheiligung an den Unterhaltungskosten des Berliner Thiergartens zu verhandeln, gab Anlaß zu einer lebhaften Besprechung.

Abg. v. Arnim wies darauf hin, daß der gegenwärtige Vertrag, auf Grund dessen die Stadt Berlin eine bestimmte Summe zur Unterhaltung des Thiergartens zahlt, demnächst ablaufe und daß es sich empfehle, einen höheren Betrag zu fordern.

Abg. Knörcke (freis. Vp.) bittet, den Antrag abzulehnen. Man scheine der Stadt Berlin nur Lasten auferlegen, ihr aber keinen Einfluß auf die Verwaltung einräumen zu wollen. Die Bürgerschaft Berlins habe garnicht so viel vom Thiergarten, wie behauptet werde. Die Stadt Berlin sei zu Opfern bereit, sie müsse aber auch mitreden dürfen. In ähnlichem Sinne sprachen sich die Abgeordneten Langerhans und Kreitling aus.

Unterstaatssekretär Meinecke tritt der Auffassung entgegen, als ob die Stadt Berlin vom Thiergarten nichts hätte. Der letztere sei der Wallfahrtsort der Berliner, und es sei nur billig, wenn die Stadt Berlin auch einen entsprechenden Beitrag zu den Unterhaltungskosten leiste.

Hieran schloß sich eine lange Debatte, in der noch verschiedene Unteranträge gestellt wurden. Das Ergebniß war die Ablehnung des Antrages gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und des Zentrums.

Hierauf ging das Haus zur Generaldebatte der Denkschrift über die Gehaltsaufbesserung der Beamten über, die um $4^1/_2$ Uhr auf Donnerstag Mittag 12 Uhr vertagt wurde.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung am 22. Februar. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Nieberding und Kommissare.

Der Reichstag setzte heute bei schwach besuchtem Hause die zweite Lesung des Justizetats fort.

Abg. Heine (Soz.) besprach nochmals das bereits von seinem Fraktionsgenossen Gradnauer gestern angefochtene Urtheil des Dresdener Oberlandesgerichtes, das die Vertheilung von Wahlflugblättern ohne polizeiliche Genehmigung für unzulässig erklärt hat. Er erblickte in diesem Urtheil eine Auflehnung gegen den Willen des Reichstages und wurde dafür vom Präsidenten Grafen von Ballestrem gerügt. Mit der Bemerkung, daß er sein Pulver nicht vorzeitig verschießen wolle, verließ Redner sodann das Kapitel „Sächsische Urtheile" und ging sodann über zur Frage des Strafvollzuges. Er tadelte die absolute Gleichheit des Strafvollzuges, die für Preßgefangene eine Ungleichheit und eine grobe Härte bedeute, unter der besonders die Angehörigen seiner Partei schwer zu leiden hätten. Zum Beweise hierfür schildert Redner in ausführlicher Weise die Erfahrung, die sozialdemokratische Redakteure, Schriftsteller und Redner in Gefängnissen zu machen gehabt hätten.

Staatssekretär Nieberding erklärte, nur auf diejenigen Punkte eingehen zu wollen, die die Reichsjustizverwaltung betreffen. Was den Strafvollzug angehe, so seien vor kurzem allgemein giltige Vorschriften erlassen worden, die eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Zustandes gebracht hätten. Die vom Redner vorgetragenen Einzelfälle seien unrichtig dargestellt worden. So sei den Gefangenen in Erfurt die Selbstbeschäftigung nicht verweigert worden, man habe ihm nur nicht gestattet, für die Firma Reißhaus u. Co. zu arbeiten, weil dieser Verlag sich lediglich mit der Herausgabe sozialdemokratischer Schriften beschäftige. Hierauf habe der Gefangene selbst sich für das Erbsenlesen entschieden. In den vom Abg. Auer vorgebrachten Fällen handle es sich nicht um politische Vergehen. Der eine Redakteur habe in seiner Zeitung ein unbescholtenes Mädchen der Unzucht, der andere einen Lehrer des Ehebruches bezichtig, und das seien nicht Preßvergehen, sondern Rohheitsverbrechen. Beiden sei auch nur für bestimmte Stunden die Selbstbeschäftigung verweigert worden.

Abg. Frhr. von Stumm (Reichsp.) bringt sodann das Löbtauer Urtheil zur Sprache, das von sozialdemokratischer Seite in gewissenlosester Weise durch Uebertreibungen und Verdrehungen ausgebeutet worden sei. Infolge dieser Entstellung habe das Urtheil allerdings in bürgerlichen Kreisen anfänglich Entrüstung hervorgerufen, nachdem aber erst die ganze Bestialität bekannt geworden sei, mit der die Angeklagten vorgegangen, habe sich die öffentliche Meinung mit Entrüstung von ihnen abgewendet. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Es habe sich dort um versuchten Todtschlag, um versuchten Mord gehandelt. Die Verbrecher hätten eine Rohheit an den Tag gelegt, für die die Hälfte der Maximalstrafe, denn um die Hälfte handle es sich nur, wahrlich nicht so groß sei. (Lärm bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig rechts.) Diesen Eindruck müsse jeder gewinnen, der die aktenmäßige Darstellung kennt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Fälschung.) Am schlimmsten sei die Agitation, die zu solchen Thaten aufreize, und in dieser Beziehung seien die Sozialdemokraten diejenigen, die die Verantwortung für jene Ausschreitungen treffe. Im Abgeordnetenhause seien vom Abg. Fehlisch Fälle mitgetheilt worden, in wie gewissenloser Weise gerade unter den Bauhandwerkern die sozialdemokratische Verhetzung betrieben werde. Solche Hetzereien forderten Schandthaten heraus, wie sie im Dresdener Prozesse zur Anklage gestanden hätten. Deshalb müßten die Gerichte mit scharfen Strafen vorgehen (Sehr richtig! rechts), sonst nehme der Terrorismus der Sozialdemokratie überhand. Die sozialdemokratische Agitation mache den Menschen zur Bestie. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Abg. Singer sagt, das Urtheil werde ein furchtbarer Samen für die Sozialdemokratie sein, es werde eine blutige Saat aufgehen, so könne man sich doch kaum einen schärferen Ausdruck denken, um zu Gewaltthätigkeiten aufzufordern. Auch dem naivsten Gemüthe müßten bei einer solchen Sprache die Augen über die letzten Ziele der Sozialdemokratie aufgehen.

Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt, die Besprechung des Löbtauer Urtheils einem anderen zu überlassen, hielt es jedoch für eine schändliche Ungerechtigkeit, wenn man die armen Verurtheilten, die sich nicht vertheidigen könnten, hier angreifen wolle. Der Abg. v. Stumm könne über das bekannte Schwurgerichtsurtheil nicht urtheilen, weil er nicht als Zeuge oder Geschworener zugegen gewesen sei. Die Veröffentlichung des Urtheils im „Dresdener Journal" sei apokryph, da es bei

---

Seine junge Frau.

Roman von Ida von Conring.

(Nachdruck verboten.)

(2. Fortsetzung.)

Der Doktor saß aufmerksam zuhörend seinem Gaste gegenüber — er schüttelte unter leisem Lächeln das Haupt.

„Ich will Ihnen reinen Wein einschenken, Herr Senator. Papen war schon durch den Dienst in der abnormen Hitze übermüdet und litt außerdem seit längerer Zeit an Kopfschmerzen. Darauf hat er einem Freunde zuliebe, untrainirt wie er war, bei schwüler Luft, in glühender Sonne, den anstrengenden Ritt gemacht und so, daß es kein Wunder ist, wenn die erschöpfte Natur sich mit einer tiefen Ohnmacht half. Eine Gehöraffektion, wie wir anfangs fürchteten, liegt nicht vor; es ist kein Grund zu irgendwelcher Besorgniß vorhanden. Der Patient schläft sich gesund — ich habe nichts dagegen, wenn Sie ihn besuchen wollen, Herr Senator — vorausgesetzt natürlich, daß Ihre Mittheilungen nicht unerfreulicher Art sind?"

„Sie nehmen mir eine Last vom Herzen — dann darf ich wohl bitten, lieber Doktor?"

„Ich werde Sie selber geleiten, Herr Senator."

Papen der aufrecht im Bette saß, sah dem eintretenden Besuch mit einem ungläubigen Staunen entgegen.

„Herr Senator — ist das wirklich kein Traum?"

„Nein, durchaus nicht," sagte der alte Herr, Platz nehmend. „Ich bringe Ihnen Grüße von Rita — es hat sich da allerlei ereignet, was Ihnen neu sein wird, — hoffentlich auch angenehm — Ihr Doktor hat mich nämlich nur unter der Bedingung hereingelassen, daß ich Ihnen keine unerfreulichen Mittheilungen machen dürfe."

„Bitte, bitte, weiter, Herr Senator," rief Herbert in athemloser Spannung.

„Immer ruhig, junger Freund! Sie wissen, daß ich prinzipiell gegen Offiziersheirathen für unsere verwöhnten Töchter bin — meine Ansicht darüber ist auch ganz dieselbe geblieben, nur haben sich die Verhältnisse geändert. Mein Herzenswunsch, daß Rita den Sohn meines alten Freundes Bitow — Sie wissen, die große Exportfirma John Bitow und Sohn — heirathen sollte, ist gescheitert. Rita will durchaus nicht. Sie hat mir ferner den Brief, welchen Sie ihr zuletzt geschrieben haben, gebracht. Der Brief ehrt Sie, mein junger Freund, ich habe eine hohe Meinung von Ihnen bekommen. Außerdem hat mein Töchterchen selbst die Sache entschieden, indem sie bei Ihrem Unfall auf dem Rennen sich öffentlich Ihre Verlobte nannte.

Papen sah mit glückseligem Antlitz zu dem Senator auf. „Süße treue Rita!" murmelte er.

„Ja, das sagen Sie wohl," meinte der alte Herr, mit seiner Rührung kämpfend. „Es sind da aber ernste Schwierigkeiten. Sie halten Rita wahrscheinlich für eine Erbin, bitte, verstehen Sie mich nicht falsch," fügte er beruhigend hinzu, „ich kann nicht umhin, den heiklen Punkt zu berühren. Ich bin kein reicher Mann, wenn ich auch sehr viel Geld verdiene. So lange der liebe Gott mich am Leben läßt, wird Rita alles haben, was sie begehrt, aber wenn er mich einmal abruft, behält sie nur eine kleine Rente. Und ich bin ein Todeskandidat, lieber Papen, habe einen schlimmen Herzfehler. Doch das nur nebenbei! Von dem großen Vermögen meiner ersten Frau habe ich nur den Nießbrauch, das Kapital gehört meinem Sohne. Ritas Mutter war jung, schön, bezaubernd, aber arm wie eine Kirchenmaus. Nun, Herr von Papen, das ist eine böse Enttäuschung, die ich Ihnen da habe bereiten müssen, wie?"

Papen sah ihn mit seinen ernsten, ehrlichen Augen an.

„Ich bin sehr glücklich, Herr Senator, daß Sie mir Rita geben wollen. Wir sind jung und können uns einschränken. Außerdem muß in der nächsten Zeit meine Ernennung zum Hauptmann herauskommen, ich kann dann um Versetzung in eine kleine, billige Garnison bitten, wo wir nach unseren Mitteln leben können. Es wird gehen, gewiß, Herr Senator; wir können alles, Rita und ich, nur nicht von einander lassen."

„Rita ist sehr jung und sehr verwöhnt, lieber Papen!"

„Herr Senator," sagte der junge Mann ernst, „meine Frau muß und wird mit dem Lose zufrieden sein, das ich ihr bieten kann. Die sogenannten Geldheirathen der Offiziere habe ich stets gemißbilligt. Wenn einige Kameraden in der Lage sind, auf großem Fuße zu leben, so veranlaßt das die minder gut gestellten, die es den reichen gleich thun müssen, leicht zu Ausgaben, die über ihre Mittel gehen, oder es erweckt Neid und Mißgunst in ihnen. Auf alle Fälle leidet die Kameradschaft darunter. Lassen Sie uns getrost klein und bescheiden anfangen; Rita und ich werden Ihnen beweisen, daß man auch in beschränkten Verhältnissen glücklich sein kann."

* * *

Kaum hatte Papen, nachdem er genesen war und das Krankenhaus verlassen durfte, ein paar glückselige Tage mit seiner Braut verlebt, so kam früher, als er erwarten und hoffen durfte, seine Beförderung zum Hauptmann, zugleich mit der Versetzung in eine kleine pommersche Garnison. Nachdem die stürmischen Bitten des Brautpaares den widerstrebenden Schwiegervater bestimmt hatten, die Hochzeit schon auf Ende Januar festzusetzen, reiste der junge Hauptmann ab, um Würde und Bürde des Kompagniechefs auf seine jungen Schultern zu nehmen. Am Tage vorher traf Lattorf, dem man zur Ordnung des Nachlasses seines verstorbenen Vaters einen längeren Urlaub bewilligt hatte, wieder ein. Er war außer sich, als er von Herberts Unfall erfuhr.

„Beruhige Dich," erwiderte dieser lächelnd. „Ich habe im Gegentheil Dir zu danken, alter Sohn. Nur die Angst um mich konnte meiner kleinen Rita ein solches Bekenntniß entlocken — und wer weiß, ob sich der Schwiegervater ohne das hätte erweichen lassen."

Damit mußte sich dann Lattorf zufrieden geben.

Der Senator schenkte Herbert ein vorzügliches Gebrauchspferd ostpreußischer Zucht, das, wie Rita scherzend behauptete, ihr im Herzen seines neuen Besitzers starke Konkurrenz mache; Herbert wies das entrüstet ab, obgleich er fast beschämt hinzufügte, daß niemand von ihnen sich in die Gefühle eines alten Kavalleristen versetzen könne, für den nun das verhaßte „zu Fuß gehen" ein Ende habe. — — —

In Ritas hübschem Wohnzimmer sah es bunt aus. Die Besitzerin stand inmitten ganzer Haufen von Sommer-, Winter-, Herbst- und Frühlingstoiletten, Kartons mit Spitzen, Band und Blumen, duftender, mit Wäsche gefüllter Sachets und was dergleichen Dinge, die zur Toilette einer eleganten Dame gehören, mehr sind. Sie suchte aus, was sie in ihre neue Heimat mitnehmen bezw. zurücklassen wollte. Ihr Gesichtchen glühte vor Eifer — das dicke Haar hatte sich gelöst und hing in seiner hellbraunen Pracht in langer Flechte über den Rücken, sodaß sie es fortwährend zurückschieben mußte. Ihre Freundin, Käthe Mirow, die zum Helfen gekommen war, eine elegante, wie aus dem Modejournal genommene Gestalt mit feiner Taille und breiten Schultern, lag auf der seiden überzogenen Chaiselongue dicht am Kaminfeuer und naschte Chokoladenbonbon aus einer reizenden Bonbonnière.

„Du, Rita," sagte sie — das Kästchen wohlgefällig betrachtend — „weißt Du, wer mir das da geschenkt hat, bist Du nicht ein bischen eifersüchtig?"

„Ach, garnicht," — Rita zerrte ungeduldig an einer Schleife, die nicht aufgehen wollte. — „Du gewinnst ja unaufhörlich Vielliebchen, wie soll ich wissen, wer der neueste Held Deiner Träume ist."

„Da hört doch alles auf, Rita! — Du weißt übrigens recht gut, daß Du mir unrecht thust. Der arme John ist derartig unglücklich über Deinen Verlust, daß er bei mir Trost sucht."

„Daran thut er ganz recht," versetzte Rita trocken. „Ich gönne ihn Dir von Herzen. Von Deiner Hilfe werde ich wohl nicht viel haben, ehe die Bonbonnière leer ist?"

„Man bricht sich so leicht die Nägel bei dergleichen Arbeiten ab," meinte Käthe, die rosigen, zugespitzten Krallen ihrer Händchen wohlgefällig betrachtend. „Aber was thut man nicht für seine Freundin. Gieb her, was hast Du da?"

„Das ist mein Reitkleid," antwortete Rita mit leichtem Seufzer.

„Jedenfalls nimmst Du es mit?"

„Ach nein, wozu? — Wir haben auf keinen Fall mehr als ein Pferd!"

Käthe schüttelte den hübschen, rothblonden Kopf, sagte aber nichts. Nach einer Weile fing sie wieder an:

„Wann kann man denn Deine Möbel sehen?"

„Die sind fertig zum Verschicken. Papa hat sie alle eigens für mich anfertigen lassen. Sie sind für die vielen Versetzungen eingerichtet; so stark, ich glaube, man könnte sie unbeschadet die Treppe hinunterwerfen."

(Fortsetzung folgt.)

Schwurgerichtserkenntnissen keine Urtheilsausfertigung gebe. Sodann ging Redner dazu über, die Zustände in unseren Gefängnissen und in der Rechtspflege einer Kritik zu unterwerfen. Er meinte, die Sozialdemokraten genössen vor den Gerichten und Gefängnißverwaltungen keine Gleichberechtigung. Während dieser Ausführungen, die im Tone höchster Erregung vorgetragen wurden, leerte sich das Haus immer mehr.

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter General-Staatsanwalt Rüger: Ich bleibe bei dem gestern eingenommenen Standpunkte, daß rechtskräftige richterliche Urtheile nicht den Gegenstand einer Besprechung im Reichstage bilden können, weil der Reichstag nicht in der Lage ist, die Fälle nachzuprüfen, und weil wir zu einer totalen Entgleisung des Parlamentarismus damit kommen würden. (Beifall rechts, Lärm links.) Wenn die einzelnen Gerichte in ihren Urtheilen von einander abweichen, so mag das bedauerlich sein, aber es verdient den Tadel nicht, den der Abg. Heine erhoben hat. Jedenfalls wird man den Gerichten dieselbe Unabhängigkeit zubilligen müssen, wie sie der Abg. Heine für sich beansprucht hat. (Fortgesetzter Lärm und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Redner: Ich bitte den Herrn Präsidenten, Ruhe herzustellen.

Präsident Graf Ballestrem giebt dem Wunsche statt, indem er wiederholt läutet, und bemerkt dann: „Ich fand die Unruhe nicht so groß, um einzuschreiten."

Redner fortfahrend: Was das Löbtauer Urtheil anbetrifft, so trifft auch hier zu, daß rechtskräftige Urtheile sich der Nachprüfung des Reichstages entziehen. Wir haben eine aktenmäßige Darstellung der Ergebnisse der Beweisaufnahme gegeben, um der Verhetzung und falschen Darstellung der sozialdemokratischen Presse entgegenzutreten. Die gesammte Presse ist davon befriedigt, die sozialdemokratische natürlich nicht, auf deren Zustimmung verzichten wir. (Lebhafte Zustimmung rechts. Lärm links.)

Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) begründete hierauf in längerer Rede nochmals die Forderung nach Einführung der bedingten Verurtheilung und einheitliche Regelung des Strafvollzuges. Nach einer Erwiderung des Staatssekretärs Nieberding wurde die Weiterberathung auf Donnerstag Mittag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

Mannigfaltiges.

(Einer unsinnigen Wette) fiel der Unterschweizer des Gutes Eckstedt bei Erfurt zum Opfer. Im Restaurant hatte er sich einigen jungen Leuten gegenüber verpflichtet, Mengen Rum und Branntwein schnell hintereinander zu trinken. Mitten in der „Arbeit" brach der Trinker zusammen. Man trug ihn nach seiner Wohnung, wo er am anderen Tage starb.

(Die Verhaftung eines jungen Postbeamten) im D-Zug Köln-Frankfurt wegen Unterschlagung erregte am Sonnabend Aufsehen. In Honnef nahm ein Gendarm den Ausreißer, der aus Arnsberg sein soll, fest.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Wartmann in Thorn.

Getreidepreis-Notirungen.

Zentralstelle der preußischen Landwirthschaftskammern
22. Februar 1899.

Für inländisches Getreide ist in Mark per Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Stolp	167	140	—	125
Neustettin	—	—	—	—
Bezirk Stettin	155—158	135—142	135—148	129—137
Anklam	154	138	137	130
Danzig	152—164	133—141	137—140	119½-29
Elbing	—	—	—	—
Thorn	155—160	131—144	136—138	126—131
Culm	—	—	—	—
Breslau	148—166	131—141	131—151	123—130
Bromberg	158—162	134	—	—
Inowrazlaw	153—161	134—139	127—141	131—136
Czarnikau	—	—	—	—
nach Priv.-Erm.	755 gr. p. l.	712 gr. p. l.	573 gr. p. l.	450 gr. p. l.
Berlin	162	145	—	143
Stettin Stadt	158	142	143	134
Posen	162	135	140	130

Amtliche Notirungen der Danziger Produkten-Börse

von Mittwoch den 22. Februar 1899.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 Mark per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. hochbunt und weiß 750—777 Gr. 159 bis 162 Mk. bez., inländ. bunt 740—761 Gr. 154 bis 159 Mk. bez., inländ. roth 772 Gr. 156 Mk. bez.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogr. per 714 Gr. Normalgewicht inländisch grobkörnig 668—729 Gr. 133—137½ Mk. bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. große 638 Gr. 131 Mk. bez., transito ohne Gewicht 89—91 Mk. bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. transito weiße 105½ bis 111 Mk. bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 117—126 Mk. bez.

Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 3,72½—4,00 Mk. bez., Roggen- 4,00—4,10 Mk. bez.

Rohzucker per 50 Kilogr. Tendenz: ruhiger. Rendement 88° Transitpreis franko Neufahrwasser 9,50 Mk. inkl. Sack bez. Rendement 88° Transitpreis ab Lager Neufahrwasser 9,55 Mark inklusive Sack bezahlt, Rendement 75° Transitpreis franko Neufahrwasser 7,45 bis 7,55 Mk. inkl. Sack bez.

Hamburg, 21. Februar. Rüböl ruhig, loko 46½. — Petroleum ruhig, Standard white loko 6,85. — Wetter: Schön.

24. Februar Sonn.-Aufgang 7.00 Uhr.
Mond-Aufgang 4.40 Uhr.
Sonn.-Unterg. 5.27 Uhr.
Mond-Unterg. 6.10 Uhr.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.